

DER Offizier

Ausgabe 1/2020 × Zeitschrift der Österreichischen Offiziersgesellschaft



VII. Tag der Wehrpflicht |

Regierungsprogramm |

Interview mit der Frau Bundesministerin |

**Mag.ª Klaudia Tanner:
„Ich bin stolz, Bundesministerin
für Landesverteidigung zu sein.“**



WÄCHTER

Sicherheitspolitisches Tollhaus

Manchmal glaubt man wirklich, Österreich ist ein sicherheitspolitisches Tollhaus. Das beginnt einmal mit der kauzigen Ansicht, dass man die Probleme des Österreichischen Bundesheeres mit weniger Geld lösen kann als man ohnehin nur aufwendet. Wenn man sich dazu z. B. die Aussagen selbst ernannter Experten anschaut, die da lauten, dass durch eine Erhöhung des Wehrbudgets zwar „den unmittelbaren Zerfallserscheinungen des Bundesheeres in seiner derzeitigen Gestalt Einhalt geboten würde und die Einsatzbereitschaft auf dem Papier erhöht werde“, aber „die Tatsache, dass die Streitkräfte pragmatisch betrachtet an der Realität unserer Zeit vorbei konzipiert sind, völlig unberührt bliebe“, dann bleibt man vorerst sprachlos. Nach Ansicht solcher „Experten“ ist das Stoppen des Zerfalls und die Erhöhung der Einsatzbereitschaft offensichtlich kein anzustrebender Zustand und alle verantwortlichen Planer, die Militär studiert haben, sind Idioten. Als Alternative zur Kauzigkeit wäre natürlich auch die völlige Ahnungslosigkeit zu attestieren, die einfach gegeben ist, wenn man die laufenden Prozesse der Streitkräfteplanung, aufbauend auf laufenden politischen Adaptierungen von der Bundesheerreformkommission über die Österreichische Sicherheitsstrategie bis hin zu den jüngsten Ausführungen vom Übergangsminister bis zum Generalstab, ignoriert.

/ Ähnlich geringes sachliches Verständnis spricht aus den Aussagen von Altpolitikern, die da meinen, dass eine Rückabwicklung des Eurofighter-Geschäfts die Lösung der möglicherweise gegebenen Korruption wäre. Mag schon sein, dass dadurch vielleicht eine vertragliche Korrektheit hergestellt werden kann, der Wert einer funktionierenden Luftraumüberwachung zur Aufrechterhaltung der Souveränität und der Neutralität bleibt dabei aber unberücksichtigt. Hier gibt es wohl bessere Wege sich schadlos zu halten.

/ Eine von sogenannten Experten postulierte „Neuerfindung österreichischer Verteidigungspolitik im Rahmen europäischer Realitäten und eine radikale Homogenisierung der Streitkräfte

im Kontext des realpolitisch existierenden Finanzierungswillens“ hat für informierte und kundige Kreise eigentlich mit größer Verantwortlichkeit laufend stattgefunden, sie wurde nur leider nie und von niemandem finanziert. Wer „Auflösen, Ausmustern, Abschreiben“ verlangt, sollte auch die Courage haben, eine Alternative aufzuzeigen. Ein gewisses Fachwissen darüber, wie man einen verfassungsmäßigen Auftrag an das Bundesheer sachlich richtig umsetzt, könnte dabei durchaus von Nutzen sein. Es stellt sich auch als durchaus hilfreich heraus, wenn man über Grundkenntnisse zu sicherheitspolitischen Zusammenhängen, verfassungsmäßigen Vorgaben und Ableitungen, Umfeldanalysen, geopolitischen Gegebenheiten und hybriden Bedrohungen verfügt, was bei österreichischen Experten im zivilen Bereich leider gegen Null tendiert.

/ Eine reine Anpassung an den „realpolitisch existierenden Finanzierungswillens“ kann allerdings nur als Humbug abgetan werden, denn nach wie vor gilt die Regel, dass sich eine Organisation an der Aufgabe zu orientieren hat und dass derjenige, der der Auftraggeber ist, die Finanzierung der Aufgabenerfüllung sicherzustellen hat. Der realpolitische Finanzierungswille kann kein Maßstab für Streitkräfteplanung in Erfüllung eines verfassungsmäßigen Auftrags sein, weil sich sonst die verantwortlichen Planer schuldig machen! Der realpolitisch Finanzierungswillens wird ein limitierender Faktor für die Zielerreichung sein, jedoch das Ziel an die Finanzen anzupassen wäre das Gleiche, wenn man bei einer Brandbekämpfung, trotz vorhandenem Wasser, nur das halbe Haus retten will, weil man nicht die ganze Brandbekämpfung zahlen möchte. Planen wird man wohl die gesamte Aufgabenerfüllung müssen. Und weil wir gerade beim Feuerbeispiel sind: Wer käme jemals auf die Idee einem Feuerwehrmann, der eine zeitgemäße Ausrüstung verlangt, vorzuwerfen, dass er nicht bereit sei, seine „alteingesessene Komfortzone zu verlassen und sein Spielzeug nicht aufgeben zu wollen“? Nur Soldaten in Österreich müssen sich diese blöde Anschuldigung immer wieder anhören. ✕

Inhalt

- 4 Brief des Präsidenten
- 6 VII. Tag der Wehrpflicht
- 10 Das Regierungsprogramm
- 14 Interview mit der Frau Bundesministerin
- 18 Rückholaktion mit der C-130
- 19 Gold und Silber – eine fantastische Ballnacht
- 20 Sicherheitspolitischer Jahresauftakt
- 21 Wissenschaftskommission beim BMLV
- 22 Volksrepublik China will wieder Erste werden
- 23 25 Jahre Teilnahme an NATO-PfP
- 24 Getting out most of the Budget
- 25 Verteidigungsausgaben sind im Steigen begriffen
- 26 Droht Europa zu einem einzigen Militärmuseum zu werden?
- 28 Gebirgskampfausbildung/Kampf unter Tage
- 29 Österreichische Soldaten erreichen den zweiten Platz bei der „Winter Survival“ 2020
- 30 Gedenktag im Jahre 2020

Vorwort

**Geschätzte Leserin,
geschätzter Leser!**

Mit der vorliegenden Ausgabe melde ich meinen Dienstantritt als Chefredakteur der Zeitschrift „Der Offizier“. Nach einer umfassenden Einweisung durch GenMjr Mag. Herbert Bauer, dem Chefredakteur der letzten Jahre, dem ich auf diesem Wege dafür recht herzlich danke, bin ich bestrebt, die Qualität der Zeitschrift zu halten.

/ Das abgelaufenen Quartal 1/2020 war aus sicherheits- und verteidigungspolitischer Hinsicht durch die Angelobung der türkis-grünen Bundesregierung am 7. Jänner und die Veröffentlichung des Regierungsübereinkommens, die sicherheitspolitische Jahresvorschau am 16. Jänner und die Festveranstaltung anlässlich des VII. Tages der Wehrpflicht am 20. Jänner gekennzeichnet. Im Februar war das wichtigste Thema die Causa Eurofighter und gegen Ende des Quartals die zu erwartende Budgeterhöhung für die Landesverteidigung.

/ Ganz im Zeichen dieser Ereignisse befassten sich die beiden Leitartikel mit dem VII. Tag der Wehrpflicht, welcher ganz im Zeichen der Umfassenden Landesverteidigung stand und dem Regierungsübereinkommen der Koalitionspartner. In der vorliegenden Ausgabe wurde der das Bundesheer betreffende Teil des Übereinkommens bewusst abgedruckt, um in folgenden Ausgaben während der Legislaturperiode immer wieder die darin vorgesehenen Maßnahmen einfordern zu können.

/ Ein weiterer Schwerpunkt dieser Ausgabe bildet ein Interview mit der Frau Bundesministerin. Die weiteren Beiträge replizieren den sicherheitspolitischen Jahresauftakt, den Ball der Offiziere und Leistungen des Bundesheeres im ersten Quartal.

/ Mit der Serie „Getting out most of the Budget“ startet die Zeitschrift eine Reihe von Aufsätzen, in denen Empfehlungen abgegeben werden, das verfügbare Budget mit einem höchsten Wirkungsgrad aufzuwenden.

/ Der Blick über unsere Grenzen erfolgt durch Aufsätze, welche die Verteidigungsausgaben weltweit einer Analyse unterzieht und den Stellenwert der Volksrepublik China und ihre Rüstungsgeschäfte beleuchtet.

**Die Redaktion wünscht angenehme
Lektüre – im Heft und im Internet.**

DER OFFIZIER

Medieninhaber und Herausgeber: Österreichische Offiziersgesellschaft, Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien, ZVR-Zahl: 795014511 | **Chefredakteur:** Bgdr Hon. Univ.-Prof. (NKE) Dr. Harald Pöcher | **Erscheinungsort:** Wien
Marketing: Dr. Michael Radike, marketing@oeog.at | **Hersteller:** TARGET GROUP Publishing GmbH, Brunecker Straße 3, 6020 Innsbruck | **Druck:** Feilhauer Druck e.U., 2620 Neunkirchen, Seebensteiner Straße 1 | **Fotos:** Titelbild: Bundesheer/Lechner; andere gem. Einzelnachweis

Namentlich gezeichnete Beiträge und Ausführungen des „Wächter“ müssen sich nicht mit der Meinung des Herausgebers decken.

Offenlegung gemäß § 24 und § 25 Mediengesetz:

Die Zeitschrift befindet sich zu 100 Prozent im Eigentum der Österreichischen Offiziersgesellschaft, Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien. Die Richtung der überparteilichen Zeitschrift ist durch die Statuten der ÖOG bestimmt und bezweckt Informationen in Wort und Bild zu Themen der internationalen und nationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Brief des Präsidenten

Mutig in die neuen Zeiten?



© OÖG/FOTOSTUDIO WILKE

Im Juli 2013 wurde vom Nationalrat die Österreichische Sicherheitsstrategie (ÖSS) beschlossen und vom Bundeskanzleramt als Medieninhaber und Verleger herausgegeben. In der ÖSS ist festgehalten, dass „konventionelle Angriffe gegen Österreich auf absehbare Zeit unwahrscheinlich geworden sind“.

/> Dann folgt jedoch eine lange Liste von neuen Herausforderungen, Risiken und Bedrohungen – wie zum Beispiel auszugsweise: der internationale Terrorismus, die Auswirkungen innerstaatlicher und regionaler Konflikte, das „Scheitern“ von Staaten, natürliche und von Menschen verursachte Katastrophen, Angriffe auf die Sicherheit der IT-Systeme („Cyber Attacks“), die Bedrohung strategischer Infrastruktur, illegale Migration und nicht gelingende Integration, Knappheit von Ressourcen (Energie, Nahrungsmittel, Wasser), Klimawandel, Umweltschäden und Pandemien.

/> Zu jedem dieser Begriffe lassen sich seit 2013 zahlreiche Belege für die Richtigkeit der Gefahreinschätzung anführen. Unter führenden Politikern der Republik wurde aber offensichtlich nur auf den erhofften Wegfall der konventionellen Bedrohung reagiert – mit einer Reduktion der schweren Waffen auf einen „Rekonstruktionskern“, Ausverkauf des Fuhrparks, Inkaufnahme

der völligen Überalterung der Miliz, Schließung von Kasernen-Standorten, weitgehender Auflösung der San-Versorgung, dauerhafter Verzögerung von Entscheidungen im Bereich der Luftraumüberwachung und, und, und ...

/> Während die „Friedensdividende“ für andere staatliche Bereiche ausgegeben wurde, entwickelten die militärisch Verantwortlichen auftragskonform eine „Teilstrategie Verteidigungspolitik“ (2014) und ein „Militärstrategisches Konzept“ (2017), um das ÖBH auf die zunehmend hybriden Bedrohungen vorzubereiten.

Naiv in die neuen Zeiten!

Der Kern der militärischen Vorbereitung auf Bedrohungen des 21. Jahrhunderts ist die „Schutzoperation“. Sie benötigt ein komplexes Zusammenwirken verschiedenster Kräfte des Staates – Militär, Polizei und andere Einsatzorganisationen sowie zivile Strukturen. Sie setzt staatliche Vorbereitungen und Verfahren voraus, die wir aus dem Konzept der „Umfassenden Landesverteidigung“ kennen. Militärische Landesverteidigung besteht heute nur bei Ahnungslosen aus der Vorbereitung auf Panzerschlachten im Weinviertel oder Marchfeld.

/> Die Zustandsberichte des Bundesheeres, die 2019 sowohl vom Chef des Generalstabs als auch von „Ex-

perten-Minister“ Thomas Starlinger der Öffentlichkeit präsentiert wurden, nahmen die Fähigkeiten für eine Schutzoperation als Messlatte. Sie zeichneten ein klares und erschütterndes Bild: Das Bundesheer kann die politischen Vorgaben nicht erfüllen, es ist nicht verfassungskonform und es verliert durch unterlassene Investitionen Jahr für Jahr weitere Fähigkeiten.

/> Die Ziele der BH-Reformkommission 2004 – das „ÖBH 2010“ – wurden niemals erreicht, aber durch die ÖSS 2013 ersetzt. Jetzt ist evident, dass bisher auch diese Vorgaben nicht umgesetzt wurden. In Österreich wird aus Wissen nicht zwangsläufig auch Tun. Kann man jetzt in der neuen Regierungskonstellation mit einem Durchbruch rechnen?

„(...) es wird einmal ein Wunder geschehen (...)“

Zarah Leanders Glaube an ein Wunder passt offenbar nur in einen Schlagler. Denn weder hat sich die geopolitische Lage stabilisiert und befriedet – die „Sicherheitspolitische Jahresvorschau“ der Direktion für Sicherheitspolitik zeichnet sogar seit Jahren ein Bild der Eintrübung und Verschlechterung – noch hat ein Gönner oder Mäzen sein Füllhorn über dem Bundesheer ausgeschüttet.

/> Das aktuelle Regierungsprogramm betont die gleichen Ziele, die wir seit

Jahren kennen und großteils grundvernünftig sind – mit Ausnahme des Ziels, die schweren Waffen weiter zu reduzieren. Aber es lässt sich noch nicht erkennen, wie sie erreicht werden sollen. Strukturanpassungen und Reformen waren in der Vergangenheit stets Synonyme für mehr Arbeit mit weniger Ressourcen. Auch jetzt ziehen wieder Parolen durch das AG Rossau, dass „mit ein bisschen gutem Willen“ und mit „effizienten Strukturen und Abläufen“ eine Budgeterhöhung sicher nicht nötig sein wird.

/> Die implizite Unterstellung, dass alle Vorgängeradministrationen unwillig und ineffizient (vulgo unfähig) waren, lasse ich bewusst unkommentiert. Es muss aber klar gesagt werden, dass der unbestrittene Investitionsbedarf mit einer Fortschreibung eines Jahresbudgets von rund 2,5 Milliarden Euro nicht bedeckt werden kann. Es wird also einer Vielzahl von zusätzlichen Investitionspaketen bedürfen, zum Beispiel für: LRÜ, geschützte Mobilität, Fuhrpark, Bau-Infrastruktur, Miliz, Feldambulanzen, Attraktivierung des GWD, ...

/> Ob es tatsächlich ausreicht, diese Maßnahmen nur durch medienwirksame Ministerratsbeschlüsse zu realisieren? Wohl kaum. Denn um diese notwendigen Investitionen zu finanzieren, ist wohl erforderlich, was Minister Starlinger mit ca. 16 Milliarden in zehn Jahren beziffert hatte. Dafür wird es eine gesetzliche Grundlage brauchen.

Österreich – die Insel der Seligen

Die Schweizer Amtskollegin von Ministerin Tanner bemüht sich gerade um ein Investitionspaket von 20 Milliarden Euro für die nächsten vier Jahre. Die ehemals neutralen Länder Schweden und Finnland vertiefen ihre Beziehungen zur NATO. Die NATO-Länder, die sich gegenseitig unterstützen und daher auf Teilfähigkeiten spezialisieren können, während Österreich alle militärischen Fähigkeiten autark erbringen muss, erhöhen ihre

Verteidigungsausgaben von derzeit durchschnittlich 1,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes schrittweise auf 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

/> Wäre es tatsächlich möglich, dass Österreich „mit ein bisschen gutem Willen und Effizienz“ aus 0,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes denselben Sicherheitslevel wie andere Länder erzeugt, dann müssten Kohorten von Experten nach Österreich kommen, um von uns zu lernen, wie man es richtig macht. Es kommt aber keiner.

/> In der internationalen Soldaten-Community werden wir gelobt für den hohen, individuellen Stand der Aus-

bildung, für das Engagement und die Motivation unserer Soldaten sowie für die überproportionale Beteiligung an internationalen Missionen und die weisheitsvolle Entscheidung Österreichs, die allgemeine Wehrpflicht beizubehalten. Diese soldatischen Tugenden und den sicherheitspolitischen Hausverstand der Bevölkerung gilt es zu bewahren, um in Dekaden der Kindesweglegung des Bundesheeres den Wehrwillen und die Wehrfähigkeit Österreichs zu erhalten.

**Mag. Erich Cibulka, Brigadier
Präsident der Österreichischen
Offiziersgesellschaft** ✕

**VERSICHERUNGSANGEBOTE FÜR
BUNDESHEERBEDIENTETE
UND IHRE ANGEHÖRIGEN.**



TEAM BUNDESHEER

Versicherungsexperte Stephan PAUL

Tel.: 050 350 90 - 21567

Fax: 050 350 99 - 21567

E-Mail: s.paul@wienersaetdtische.at

1210 Wien, Am Spitz 10 (Eingang Schwaigergasse)

wienersaetdtische.at

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

**WIENER
STÄDTISCHE**
VIENNA INSURANCE GROUP

VII. Tag der Wehrpflicht 2020

Umfassende Landesverteidigung

Die umfassende Antwort auf moderne Bedrohungen.



© MOSENER (4)

Der VII. Tag der Wehrpflicht war wieder gut besucht von Prominenz aus verschiedensten Bereichen unserer Gesellschaft.

Alljährlich lädt die Plattform Wehrhaftes Österreich am 20. Jänner zum Tag der Wehrpflicht, dieses Jahr zum Thema „Umfassende Landesverteidigung“. Im mit über 350 Personen wieder voll besetzten Festsaal des Hauses der Industrie am Schwarzenbergplatz wurde an das Thema des letzten Tages der Wehrpflicht „Hybride Bedrohungen“ angeschlossen und in einen interministeriellen Kontext gesetzt. Die „Umfassende Landesverteidigung“ (ULV) ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, deren Teilbereiche in die Verantwortung mehrerer Ministerien fallen. In diesem Sinne versammelten sich am Podium hochrangige Vertreter aus mehreren Ministerien sowie „Praktiker“ aus einer Bezirkshauptmannschaft und einer Rot-Kreuz-Bezirksstelle.

Bundesministerin Mag.^a Klaudia Tanner beim Tag der Wehrpflicht

In ihren Grußworten lobte die Bundesministerin für Landesverteidigung,

Mag.^a Klaudia Tanner (die selbst Mitglied einer Teilorganisation des Dachverbandes ist), das Engagement der Plattform und sprach den Funktionären ihren persönlichen Dank für die Gründung des Dachverbandes aus, der auch aus ihrer Sicht maßgeblich am Erhalt der Wehrpflicht in Österreich beigetragen hat: „Das war ein ganz entscheidender Moment in der österreichischen Sicherheitspolitik“, wie sie betonte, „denn ohne Wehrpflicht wäre das Bundesheer handlungsunfähig.“ Sie unterstrich in ihren Ausführungen, dass in der Bevölkerung ein stärkeres Verständnis für die Notwendigkeit der Wehrpflicht und des damit verbundenen Milizsystems geschaffen werden müsse. „Der Grundwehrdienst ist die Basis unseres Bundesheers. Ohne Grundwehrdiener gibt es keine Kadersoldaten und keine Miliz“, hielt sie fest. Weitere positive Absichten sind die Einführung neuer Tauglichkeitskriterien, die Weiterführung internationaler Friedenseinsätze und die Vertiefung der Fähigkeiten in den Bereichen Droh-

nenabwehr und Schutz kritischer Infrastruktur – auch in Form gemeinsamer Projekte auf EU-Ebene.

Erwartungsgemäß musste die Verteidigungsministerin mitteilen, dass sie noch keine Antworten auf budgetäre Fragen geben könne. Dem wachen Leser verschließt sich im Regierungsprogramm ohnehin nicht die übersehbare Minderpriorisierung wehrpolitischer Notwendigkeiten. So kann man lesen: „Die finanzielle Situation und der Zustand des Bundesheeres erfordern neue Konzepte (...). Daher müssen auch die Aufgaben, Strukturen und Mittel der Landesverteidigung (...) neu gestaltet werden.“ – das heißt, dass nicht die Herausforderung das notwendige Budget bestimmen, sondern das vorhandene Budget den Rahmen der Möglichkeiten begrenzt bzw. wie es die Bundesministerin notgedrungen formulierte: „Es wird eine Notwendigkeit sein, die Aufgaben des Bundesheeres nach der Einsatzwahrscheinlichkeit zu reihen und die dafür erforderlichen Strukturen zu ‚verbessern‘.“



In ihren Grußworten lobte die Bundesministerin für Landesverteidigung, Mag.^a Klaudia Tanner (die selbst Mitglied einer Teilorganisation des Dachverbandes ist), das Engagement der Plattform und sprach den Funktionären ihren persönlichen Dank aus.

Konzeptionelle und rechtliche Rahmenbedingungen der ULV

Der Generalsekretär der Plattform, MinR Dr. Peter Fender, führte im Anschluss in die konzeptionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen der ULV ein, dessen Grundgedanke ein integrierter Ansatz aus militärischer Landesverteidigung, Zivilschutz, Versorgungssicherheit sowie Stärkung des Widerstandswillens – heute zusammen als Resilienz bezeichnet – ist. Die Ziele der ULV sind:

- Die Unabhängigkeit nach außen und
- Die Unverletzlichkeit und Einheit des Bundesgebietes zu bewahren
- Aufrechterhaltung und Verteidigung der immerwährenden Neutralität



Aus dem Wirtschaftsministerium stellte der Sektionschef Mag. Georg Konetzky die aktuelle Situation der Wirtschaftlichen Landesverteidigung dar.

- Verteidigung der verfassungsmäßigen Einrichtungen und deren Handlungsfähigkeit sowie die demokratische Freiheit der Einwohner vor gewaltsamen Angriffen von außen

Die rechtlichen Grundlagen zur Umsetzung der ULV finden sich in mehreren Rechtsquellen, wie dem Völkerrecht, Verfassungsrecht und etlichen einfachgesetzlichen Bestimmungen. Besonders hervorzuheben sind unter anderem die Möglichkeit der Assistenzleistung für zivile Behörden durch das Bundesheer im Krisenfall, das Notverordnungsrecht des Bundespräsidenten (als Möglichkeit der Abänderung einfacher Gesetze in Krisenzeiten) und die Notkompetenz der Landeshauptleute (Wahrnehmung der Kompetenzen des Bundes bei dessen Ausfall – was gerade in Zeiten der Voll-

digitalisierung bei einem Blackout von aktueller Bedeutung sein kann).

Da erst durch eine entsprechende personelle Absicherung das notwendige Durchhaltevermögen im Krisenfall garantiert werden kann, können staatliche Stellen neben den Öffentlich Bediensteten, Freiwilligen, Grundwehrenden/Zivildienern und Milizsoldaten auch auf 1,8 Millionen Heeres- sowie 300.000 Zivildienst-Reservisten zurückgreifen. „Man muss es nur materiell und organisatorisch vorkehren. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind da“, schloss MinR Fender.

Versorgungssicherheit im Krisenfall

Die Wirtschaftliche Landesverteidigung garantiert die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Produkten im Krisenfall (vor allem Lebensmittel und Energie) und die Bereitstellung der erforderlichen Güter für die Verteidigung. Aus dem Wirtschaftsministerium führte daher Sektionschef Mag. Georg Konetzky in diese Thematik ein, die vor allem aufgrund eines stark vernetzten und hoch mobilen Wirtschaftslebens vor komplexen Herausforderungen steht.

Die rechtlichen Grundlagen sind insbesondere die sogenannten „Lenkungs-gesetze“, die eine staatlich kontrollierte Verteilung fast aller Produkte, wie Lebensmittel, Trinkwasser, Saatgut, Futtermittel, Elektrizität, Erdölprodukte, flüssige und feste Brennstoffe, ermöglichen. Diese Lenkungsmaßnahmen können in unterschiedlicher Form (z. B. Meldepflichten, Geboten, Verboten oder Beschlagnahme) erfolgen, werden jedoch erst durch Verordnungen im konkreten Anlassfall definiert.

Allen voran spielt auch die präventive Vorsorge im Vorfeld der Krisenbewältigung eine entscheidende Rolle. So sind Erdölunternehmen verpflichtet, Notstandsreserven in Höhe von 25 Prozent ihrer Vorjahresnettoimporte auf Lager zu halten (2019: ca. 2,76 Millionen Tonnen). „Im Krisenfall bedarf es des Einsatzes aller staatlichen Instrumente, um einer Versorgungsstörung zu begegnen. Die dafür erforderlichen Rechtsgrundlagen sind vorhanden“, so SC Konetzky.

Komplexe Kompetenzverschränkungen als Herausforderung für die Zivile Landesverteidigung

Die Zivile Landesverteidigung wurde von MinR Kurt Hager, Innenministerium, vertiefend dargestellt. Als Querschnittsmaterie umfasst sie sowohl Bundes- als auch Länderkompetenzbereiche und fällt auf Bundesebene wiederum in den Aufgabenbereich vieler Ressorts. Sie besteht aus den beiden Säulen:

- Zivilschutz, der sehr umfangreich ist und beispielsweise Selbstschutzmaßnahmen, Schutzraumbau oder Alarmdienste umfasst, und
- Sicherung der Funktionsfähigkeit der staatlichen Organe und sonstiger Einrichtungen sowie der öffentlichen Ruhe und Ordnung

MinR Hager führte aus, dass es im Lichte aktueller Herausforderungen (z. B. Migration) gerade aufgrund der sehr komplexen, verwobenen Zuständigkeiten wichtig sei, die vorhandenen Sicherheitskonzepte stets weiterzuentwickeln, um so eine gesamtstaatliche Resilienz in allen Krisenfällen zu gewährleisten. Ansonsten bestünde die Gefahr, dass sich bei Eintritt einer neuartigen Herausforderung die gegebenen staatlichen Mechanismen bestehender Behördenzuständigkeiten als unzureichend herausstellen könnten.

„Nicht genügend“ für die Geistige Landesverteidigung?

In der vom Parlament beschlossenen Verteidigungsdoktrin von 1975 sowie einem daran angelegten



MinR Hager vom Bundesministerium für Inneres führte aus, dass es im Lichte aktueller Herausforderungen (z. B. Migration) gerade aufgrund der sehr komplexen, verwobenen Zuständigkeiten wichtig sei, die vorhandenen Sicherheitskonzepte stets weiterzuentwickeln.



© MOSENER (4)

Sektionschef Mag. Klemens Riegler-Picker vom Bildungsministerium meinte, dass „die Geistige Landesverteidigung und politische Bildung sehr stark in den Lehrplänen in Österreich verankert ist“.

Grundsatzerslass von 1978 wird festgehalten, dass es Aufgabe der Geistigen Landesverteidigung ist, in der Bevölkerung Verständnis für alle Bereiche der ULV zu stärken sowie das österreichische Volk in die Bereitschaft zu versetzen, auch unter Inkaufnahme von Opfern die demokratische Freiheit, Verfassungs- und Rechtsordnung sowie Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit des Staates zu verteidigen. Ebenso sind Fragen der zivilen Schutzvorkehrungen und wirtschaftlichen Vorsorgemaßnahmen relevante Themen der Geistigen Landesverteidigung.

/ Die Voraussetzungen dafür sind bereits in der Schule im Rahmen der politischen Bildung, Geschichte und Soziologie zu schaffen. Daneben besteht ein Programmauftrag des ORF (gem. ORF-G), Verständnis für die Fragen der Sicherheitspolitik und der ULV zu fördern sowie die Pflicht in Krisen- und Katastrophenfällen Aufrufe und Anordnungen der Behörden jederzeit und unentgeltlich auszustrahlen.

/ Obwohl der Vortragende Sektionschef Mag. Klemens Riegler-Picker, Bildungsministerium, meinte, dass „die Geistige Landesverteidigung und politische Bildung sehr stark in den Lehrplänen in Österreich verankert ist“, blieb er jedoch konkrete Maßnahmen zur Festigung dieses Verständnisses schuldig. Hingegen führte er aus, dass es unter anderem die Aufgabe der Schule sei, aus der Vermittlung von Hu-

manität und Solidarität bei den Schülern Offenheit und Toleranz gegenüber Menschen zu wecken. Die Schüler sollen befähigt werden, „in Friedensliebe an den gemeinsamen Aufgaben der Menschheit mitzuwirken.“

/ Er hob zwar hervor, dass das Bildungsministerium in Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium die Geistige Landesverteidigung wieder stärker im Bildungssystem verankern wolle (unter anderem durch die Reaktivierung der Referenten für Geistige Landesverteidigung), fügte jedoch hinzu, dass er darunter auch Maßnahmen zur Deutschförderung, zum Klimaschutz und Weltoffenheit verstehe.

Güterverteilung in der Krise praktisch nicht umsetzbar

HR Dr. Heinz Zimper, Bezirkshauptmann i.R. des Bezirks Baden, führte in die Schwierigkeiten der praktischen Umsetzung der ULV ein. Die rechtlichen Möglichkeiten erlauben der Bezirksverwaltungsbehörde grundsätzlich, sehr rasch auf Krisen reagieren zu können. So erklärte er, dass sie als Sicherheitsbehörde zum Schutz der Bevölkerung jederzeit tätig werden kann – vor allem dann, wenn es anderen zuständigen Behörden unmöglich geworden ist zu handeln. Dafür darf sie bis zu hundert Soldaten des ÖBH (auch unter Waffen) zur ersten allgemeinen Hilfeleistung so lange anfordern, bis die zuständigen Stellen wieder einsatzfähig sind. Bei einem klassischen Katastrophenfall integriert ein Bezirkslenkungsstab alle notwendigen Organisationen im Rahmen der Einsatzleitung.

/ Gravierende Lücken lassen sich jedoch im Bereich der Wirtschaftlichen Landesverteidigung erkennen. So sollen die vorhandenen Gesetze im Krisenfall durch konkrete Verordnungen des Wirtschaftsministeriums umgesetzt werden, wobei im Vorfeld dringend zu klärende Fragen offen sind: Welche Mittel stehen zur Umsetzung der Verordnung zur Verfügung? Dürfen Maßnahmen mit Gewalt durchgesetzt werden? Auch wurden weitreichende Eingriffe in Grundrechte (z. B. bei Enteignungen) bisher nicht verfassungsrechtlich ausjudiziert.

/ Es bestehen zudem praktische Probleme, wie das Fehlen von Erfahrung hinsichtlich der erforderlichen Verfahrensabläufe, veraltete Bezugsscheine (wie z. B. Lebensmittelkarten) und nicht zuletzt ein damit zusammenhängender eklatanter Personal-mangel in Krisenzeiten, was zu Verfahrensentgängen führen kann. Hinzu kommen gravierende Veränderungen im Wirtschaftsleben (großräumigere Strukturen, transportabhängige Just-in-Time-Produktionen, etc.), weshalb HR Zimper zur Etablierung neuer, vorbereiteter Systeme appelliert.



HR Dr. Heinz Zimper, Bezirkshauptmann i.R. des Bezirks Baden, führte in die Schwierigkeiten der praktischen Umsetzung der ULV ein und erheiterte das Publikum mit der Präsentation noch immer gültiger Lebensmittelkarten.

Sanitätsversorgung mit nur geringer Durchhaltefähigkeit

Landesrettungsrat Ing. Gernot Grünwald vom Rot-Kreuz-Bezirk Baden präsentierte den strukturellen Zustand der zivilen Sanitätsversorgung. Er betonte zunächst die wichtige Bedeutung der Zivildienstler in der Einsatzorganisation, die mit etwa 50 Prozent der Leistung die größte Stundenlast eines personell bereits sehr ausgelasteten Bezirksverbandes bewältigen. Im Falle des Wegfalls der Wehrpflicht würde diese Leistung wahrscheinlich nicht mehr erbracht werden können.

/ Aus wirtschaftlichen Gründen sind Reserven an Ausrüstung und Fahrzeugen als Vorsorge auf Krisen de facto



Nach den Vorträgen hatte das Podium jede Menge Fragen aus dem Publikum zu beantworten.

nicht vorhanden. Außerdem gibt es an den Dienststellen keine Treibstoffvorräte und Lebensmittel für die Eigenversorgung reichen lediglich für etwa ein bis zwei Tage. Nur eine von vier Dienststellen im nördlichen Teilbezirk Baden ist mit einem Notstromaggregat

/ Die Durchhaltefähigkeit des zivilen Rettungssanitätswesens ohne Anschlussversorgung ist somit seiner Auffassung nach auf zwei bis drei Tage beschränkt.

Resümee

Konzeptionell entfaltet die ULV durch ihren gesamtstaatlichen Ansatz eine wertvolle Bedeutung bei der Krisenbewältigung. Während die vorhandenen Rechtsgrundlagen als überwiegend zweckmäßig betrachtet werden können, mangelt es bedauerlicherweise in vielen Bereichen an jener praktischen Umsetzbarkeit. Neben teilweise unvorbereiteten Verwaltungsstrukturen mit veralteten Bezugskarten und Verfahrensabläufen, ist vor allem die nicht vorhandene Einsatzfähigkeit eines jahrzehntelang kaputtgesparten Bundesheeres ein äußerst prekärer Mangel. Um die im Rahmen des diesjährigen Tages der Wehrpflicht angesprochenen Defizite beheben zu können und dadurch die Interoperabilität der Einsatzorganisationen sowie Handlungsfähigkeit aller relevanten Behörden sicherzustellen, tritt auch die Plattform Wehrhaftes Österreich für eine interministerielle Weiterentwicklung der ULV ein.

/ „Dazu muss jedoch das Bundesheer in der Lage sein, seine Säule der

militärischen Landesverteidigung abzudecken. Daher braucht es vor allem ein klares Bekenntnis zu einem ausreichenden Bundesheerbudget“, schloss Bgdr Erich Cibulka, Vorsitzender der Plattform, zusammen. ✕



Landesrettungsrat Ing. Gernot Grünwald vom Rot-Kreuz-Bezirk Baden präsentierte den strukturellen Zustand der zivilen Sanitätsversorgung.

ausgestattet, und es gibt keine Schutzräume gegen ABC-Bedrohungen. Nicht zuletzt: Es ist auch kein Schutz vor Gewalt vorgesehen, weshalb sie in krisenhaften Zeiten auf Eskorten angewiesen sein könnten.



© PRIVAT

ZUR PERSON

Oberleutnant Clemens Gößl, BSc (WU)

Geb. 1989, EF 2009/10 WaGtG Jäger, ausgemustert zum Lt 2013. Aktuell beordert als stv. KpKdt im JgB W2. Arbeitet als Öffentlich Bediensteter im BMLV und ist Vorstandsmitglied der OG Nö und Mitglied des Generalsekretariats der Plattform WEHRHAFTES ÖSTERREICH.

Das Regierungsprogramm

Landesverteidigung & Krisen- und Katastrophenschutz

Rahmenbedingungen der österreichischen Sicherheitspolitik

- Österreich ist als Mitglied der Europäischen Union Teil eines erfolgreichen Friedensprojektes (mit Vorbildcharakter) und an unseren unmittelbaren Landesgrenzen keinen Feinden umgeben. Österreichs Stellung mitten in der EU bietet eine umfassend geänderte Sicherheits- und Friedensperspektive. Gleichzeitig müssen neue Bedrohungen ernst genommen werden.
- Die finanzielle Situation und der Zustand des Bundesheeres erfordern neue Konzepte für ein zukunftsträchtiges, modernes Heer. Daher müssen auch die Aufgaben, Strukturen und Mittel der Landesverteidigung weiterentwickelt und zeitgemäß neu ge-

Aufgaben in Europa.

- Klares Bekenntnis als neutrales Land zum Österreichischen Bundesheer als Sicherheitsgarantie und zur umfassenden Landesverteidigung entsprechend der Österreichischen Bundesverfassung sowie zur allgemeinen Wehrpflicht entsprechend dem Ergebnis der Volksbefragung vom 2. Jänner 2013

Eine zukunftsfähige Struktur für das Bundesheer

- Ausstattung des Bundesheeres mit den erforderlichen Ressourcen zur Erfüllung seines Auftrages
- Erarbeitung von Effizienzsteigerungsmöglichkeiten und Kostensenkungspotenzialen außerhalb der Truppe
- Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustands des Österrei-

für Anliegen etc.)

- Beseitigen von sozialrechtlichen Benachteiligungen von Milizsoldaten
- Schaffung eines neuen Berufsbildes Soldat, damit es im Bundesheer attraktive und vielseitige Karrieremöglichkeiten gibt, um Talente aus der Wirtschaft bestmöglich für das Heer zu gewinnen und halten zu können sowie Soldatinnen und Soldaten nach Ende ihrer Karriere im Heer eine Perspektive in der Wirtschaft zu ermöglichen
- Umsetzung der Attraktivierung des Soldatenberufes durch geeignete Maßnahmen im Dienst-, Besoldungs- und Pensionsrecht
- Stärkung der Durchlässigkeit zwischen Bundesheer und Wirtschaft
- Prüfung einer verbesserten Anschlussfähigkeit der militärischen Ausbildungen (z. B. für spätere Verwendung im Polizeidienst, Justizwache etc.)
- Erhöhung des Anteils von Frauen im Österreichischen Bundesheer
- Stärkung der Selbstversorgungsfähigkeit und der Resilienz des Österreichischen Bundesheeres in Krisenzeiten und etwaiger Ausbau von Kasernen zu „Sicherheitsinseln“
- Standortbezogene und bedarfsgerechte Sanierung von Kasernen und ihrer Infrastruktur zur Stärkung der regionalen Wertschöpfung
- Sicherstellung der Militärkommando- und Brigadestruktur als Träger der Landesverteidigung
- Weiterentwicklung der logistischen Strukturen, der Ämter sowie der Schul- und Akademiestruktur
- Verbesserung der Synergien bei der Beschaffung militärischer Güter
 - Verbesserte Nutzung von Synergien im Rahmen der Beschaffung mit anderen Ressorts (insbesondere BMI)
 - Verstärkte Kontrolle bei Großbeschaffungen und Nutzung von Synergien im Rahmen europäischer und internationaler Kooperationen



Gemäß dem Regierungsprogramm soll die Stellung als wichtige Säule der Gesundheitsvorsorge (Stellung als Vorsorgeuntersuchung) weiterentwickelt werden.

- „Beschaffungsagentur“), sofern sich diese mit dem Bedarf und den Interessen Österreichs decken
- Intensivierung der interministeriellen Zusammenarbeit zur regelmäßigen Koordinierung (vor allem um frühzeitiges Handeln und Prävention sicherzustellen)
- Weiterentwicklung und kosteneffiziente Optimierung der Sanitätsversorgung unter Wahrung der medizinischen Eigenversorgung des ÖBH (insbesondere zur Beseitigung des Ärztemangels), unter anderem verbesserte Zusammenarbeit mit zivilen Einrichtungen
- Evaluierung der Kooperationen mit privaten Vereinen und Institutionen

Grundwehrdienst attraktiver machen

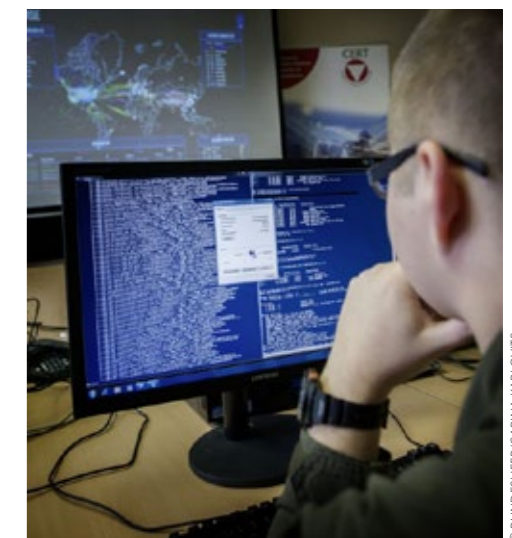
- Laufende Aufwertung der Stellungsstraße als erster Kontaktpunkt mit dem Österreichischen Bundesheer
 - Weiterentwicklung der Stellung als wichtige Säule der Gesundheitsvorsorge (Stellung als Vorsorgeuntersuchung)
- Sicherstellung eines attraktiven Grundwehrdienstes
 - Primär militärische Verwendung der volltauglichen Rekruten sicherstellen
- Weiterentwicklung des Grundwehrdienstes als Zeit der Weiterbildung und Integration in die Gesellschaft
 - Verankerung der digitalen Mündigkeit und des Erkennens von Fake-

- News als Schwerpunkte im Rahmen des Grundwehrdienstes
- Förderung der Integration durch bedarfsgerechte Deutschkurse und Staatsbürgerkunde
- Ausbau der wehrpolitischen Bildung (Werte, Verantwortung gegenüber Totalitarismus, Rassismus)
- Reform der Tauglichkeitskriterien. In Zukunft soll es zwei Tauglichkeitsstufen geben: „Volltauglich“ heißt wie bisher uneingeschränkter Einsatz beim Bundesheer und beim Zivildienst, und „Teiltauglich“ eine Verwendung im Büro, in der Küche und einer anderen passenden Tätigkeit. Nur wer auf Grund einer körperlichen oder geistigen Behinderung wirklich nicht dazu in der Lage ist, soll auch in Zukunft nicht zum Heer oder Zivildienst.
- Schaffung einer rechtlichen Grundlage, dass eine Bescheinigung der Tauglichkeit von Zivildienern (auch nach Abgabe der Zivildienstklärung) in Zukunft durch die Stellungsstraße erfolgt

Neue Aufgaben mit neuer Struktur

- Sicherstellung und Weiterentwicklung der Kernkompetenzen des Österreichischen Bundesheeres unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeit von Bedrohungsszenarien
- Weiterentwicklung aller Teilstreitkräfte Land, Luft, Spezialeinsatzkräfte und der Cyberkräfte

- Das Bundesheer soll in Anbetracht der neuen Herausforderungen im 21. Jahrhundert weiterentwickelt werden und sich, über die Kernkompetenzen hinaus, auf konkrete Schwerpunkte fokussieren:
 - ABC-Einheiten zum Schutz bei atomaren, biotoxischen und chemieverursachten Katastrophen
 - Erhalt der Eigenständigkeit der militärischen Nachrichtendienste
 - Cyber Defence
 - Internationale Friedenseinsätze nach Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates
 - Assistenzleistungen, insbesondere Katastrophenschutz und -hilfe
 - Nutzung von Drohnen (Schutzoperation bis zur Katastrophenhilfe) und Drohnenabwehr
 - Reaktion auf mit militärischen Mitteln ausgeführte Terrorangriffe
 - Blackout-Vorbereitung (Sicherung und Wiederherstellung kritischer Infrastruktur in enger Abstimmung mit den Netzbetreibern)
- Die Ausrüstung soll spezifisch und im Besonderen im Hinblick auf diese Aufgaben ausgestaltet werden. Daher wurden schon in den letzten Jahrzehnten schwere Waffengattungen reduziert, da diese nicht mehr in dem Ausmaß wie zur Zeit des Kalten Krieges erforderlich sind. Diese Politik wird fortgesetzt, die Kernkompetenzen in der Ausbildung sollen weiterhin sichergestellt werden. ➤



© BUNDESHEER/CARINA KARLOVITS



© BUNDESHEER/ROBERT GIESSAUF

Gemäß dem Regierungsprogramm ist der verfassungsmäßige Zustand des Österreichischen Bundesheeres nach den Grundsätzen eines Milizsystems wiederherzustellen.

staltet werden.

- Die Neutralität Österreichs ist unumstößlich.
- Diese steht nicht im Widerspruch zur Solidarität innerhalb der Europäischen Union.
- Erforderlich ist daher eine Weiterentwicklung der österreichischen Sicherheitspolitik, unter dem Aspekt der Bewahrung der Neutralität und der Änderung der sicherheitspolitischen

chischen Bundesheeres nach den Grundsätzen eines Milizsystems (Art. 79 (1) B-VG

- Ausreichende personelle und materielle Ausstattung der Miliz
- Einsatzfähigkeit der Milizbataillone auf nationaler Ebene
- Ausbildung- und Übungstätigkeit der Milizverbände
- Verbesserung der Serviceleistung für Milizsoldaten (One-Stop-Shop



© BUNDESHEER/CHRISTIAN PUTZ

Das Regierungsprogramm sieht auch die Umsetzung der bereits eingeleiteten Hubschrauber-Beschaffung vor.

- Verstärkter Einsatz des ÖBH im Rahmen von Assistenzsätzen nach der geltenden Rechtslage zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit
- Anpassung des ÖBH an aktuelle Bedrohungslagen, wie z. B. Cyber Defence und hybride Bedrohungen
 - Prioritärer Ausbau der Cyber- und Drohnenabwehrfähigkeit und Ausbau einer Cyber-Truppe unter Berücksichtigung der Ausbildungserfordernisse für Cyber Defence-Personal
 - Verstärkte Zusammenarbeit mit Bildungs- und Forschungseinrichtungen, um zusätzliches Know-how aufzubauen, und die Rekrutierung von IT-Fachkräften im Rahmen der Miliz
- Mitwirkung am nationalen Cyberlagezentrum und am gesamtstaatlichen Cybersicherheitszentrum
- Beteiligung an europäischen Forschungsprojekten im Bereich der Verteidigungsforschung (z. B. European Defense Fund)
- Bekenntnis zur Luftraumüberwachung und zum Schutz des österreichischen Luftraums durch das Österreichische Bundesheer und Aufrechterhaltung einer leistungsfähigen aktiven und passiven Luftraumüberwachung
 - Weiterhin Sicherstellung der Luftraumüberwachung durch das Österreichische Bundesheer durch eine adäquate und kosteneffiziente Lösung

- Umsetzung der bereits eingeleiteten Hubschrauber-Beschaffung, als Nachfolge der auszumusternden fünfjährigen Alouette III, insbesondere im Hinblick auf Katastrophennotlagen

Auslandseinsätze

- Erstellung und Umsetzung eines gesamtstaatlichen Auslandseinsatzkonzeptes samt entsprechenden Kriterien auf Basis der geltenden Rechtsgrundlagen, unter Einbindung aller relevanten Ministerien, um den gesamten Konfliktzyklus (Krisenprävention, Konfliktlösung, Mediation bis hin zur Friedenskonsolidierung) besser zu berücksichtigen
- Das ÖBH wird lagebedingt die Entsendung von mindestens 1.100 Soldaten als Dauerleistung für Auslandseinsätze sicherstellen, bei ausreichender budgetärer Bedeckung, sowie Sicherstellung der für diese Auslandseinsätze im Rahmen des Krisenmanagements notwendigen Kapazitäten (Personal, Material, Betrieb).
- Sicherstellung der Erfüllung der eingegangenen internationalen Verpflichtungen, insbesondere EU-Verpflichtungen, einschließlich der Leistung eines militärischen Solidarbeitrages im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen
- Weiterentwicklung von spezialisierten Fähigkeiten des Österreichischen Bundesheeres zur Verwendung im Rahmen solcher Assistenzsätze

- (Drohnenabwehr, ABC-Abwehr etc.)
- Fortführung des Beitrages des ÖBH zur Stärkung der Stabilität der Westbalkan-Staaten

Krisen- und Katastrophenschutz

- Entwicklung umfassender rechtlicher Rahmenbedingungen für das staatliche Krisen- und Katastrophenschutzmanagement (unter Beachtung der Bundes- und Landeskompetenzen)
 - Rechtliche Klarstellung für bundesländer- oder länderübergreifende Krisen und Katastrophen im Hinblick auf Zuständigkeiten, Befugnisse und die Informationsweitergabe
 - Erhöhung der gesamtstaatlichen Resilienz und Stärkung des Zivilschutzes
 - Ausrüstung und Strukturen für den Katastrophenschutz sind weiterzuentwickeln und an den zu erwartenden Bedarf anzupassen
 - Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für eine vereinfachte und raschere Beschaffung in Krisen- und Katastrophenfällen
 - Im Falle dringender humanitärer Einsätze (auch abseits von Naturkatastrophen) sind flexible Regelungen zur Abgeltung der Einsatzentscheidungen von Blaulichtorganisationen zu erarbeiten.
- Das Bundesheer ist insofern zu stärken und entsprechend auszustatten, um für Assistenzsätze, vor allem auch in Katastrophenschutz, gerüstet zu sein. Im Sinne eines Gesamtkonzeptes in Abstimmung mit den zivilen Einsatzkräften ist insbesondere die Ausstattung der Pioniere zu verbessern.
- Überprüfung der Notfallinfrastruktur und etwaige Anpassung des Notfallplans
- Sicherstellung der Fähigkeiten der gesamtstaatlichen Kommunikation im Krisenfall (Krisenkommunikation)
 - Schaffung eines Krisenkommunikationsnetzes als System zur zuverlässigen, sicheren und krisenfesten Kommunikation
- Frühzeitige Vorkehrungen und Präventionsmaßnahmen gegen erwart-

- bare Katastropheneignisse treffen. Starten eines Strategieprozesses zur Verstärkung der Katastrophenvorsorge, um dem Entstehen von Krisen vorzubeugen
- Prüfung der Schaffung einer Möglichkeit zur Auszahlung von Mitteln aus dem Katastrophenfonds für Rettungsorganisationen, ohne Reduktion der Mittel für die Feuerwehr
- Stärkung des Zivilschutzes und der Eigenvorsorge bzw. des Selbstschutzgedankens in der Bevölkerung in Not- und Krisensituationen (z. B. Naturkatastrophen oder zivilisationsbedingte Gefahren wie Blackout). Rechtliche Verankerung des Zivilschutzes und Sicherstellung der Basisfinanzierung
- Aus diesem Grund ist es notwendig, verschiedene Szenarien durchzuspielen und zu üben.
 - Durchführung einer jährlichen Katastrophenschutzübung unter Berücksichtigung verschiedener Szenarien und Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Institutionen und Ministerien
 - Erfüllung eines digitalen Zivilschutz-Probealarms: Miteinbeziehung der Zivilbevölkerung per Social Media, SMS, WhatsApp usw.
 - Einsatz für die Entwicklung eines europäischen Katastrophenplans, um ein schnelles Eingreifen zu ermöglichen – siehe Waldbrände im Sommer 2018 in Schweden
 - Prüfung neuer Vereinbarungen mit den Bundesländern zum Zwecke des Katastrophenschutzes (Stützpunkte, Hubschrauber etc.)
- Publikation eines regelmäßigen „Freiwilligen-Berichts“
- Weitere Stärkung und Effizienzsteigerung des staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements
- Etablierung eines gesamtstaatlichen, ressortübergreifenden Lagezentrums für einen gesamtstaatlichen Zugang zum Thema Sicherheit (Hochwasser, Pandemie, Blackout, hybride Bedrohungen, sonstige Bedrohungen)
- Erstellung eines „Sicherheitszonenmodells“ für ganz Österreich, in dem alle für die Sicherheit relevanten Organisationen zusammenwirken. Ausbau der gesamtstaatlichen Kooperati-



© BUNDESHEER/MARKUS KOPFITZ

Die Selbstversorgungsfähigkeit von Kasernen unter Berücksichtigung moderner, nachhaltiger Technologien soll gemäß dem Regierungsprogramm gestärkt werden.

on und Übungstätigkeit

- Stärkung der Selbstversorgungsfähigkeit von Kasernen unter Berücksichtigung moderner, nachhaltiger Technologien

- Festlegung der notwendigen Fähigkeiten, die ein selbstversorgungsfähiger Standort aufweisen muss (Sicherheit, Wasser, Energie, Verpflegung etc.) ✕

Interview mit der Frau Bundesministerin

DAS INTERVIEW FÜHRTE DER CHEFREDAKTEUR.



© PETER LECHNER

In der Hofburg wurde Mag.^a Klaudia Tanner als Bundesministerin für Landesverteidigung von Bundespräsident Alexander Van der Bellen ernannt und angelobt.

Sehr geehrte Frau Bundesministerin, seit Ihrem Amtsantritt sind mehr als zwei Monate vergangen. Sie haben bereits fast jeden Mitarbeiter im Ministerium persönlich kennengelernt und haben viele Truppenbesuche durchgeführt. Wie sehen Sie Ihr Ressort heute, und wo sehen Sie den größten Ad-hoc-Handlungsbedarf?

Mag.^a Klaudia Tanner: Die Soldatinnen und Soldaten erfüllen täglich und gewissenhaft ihre Aufgaben im In- und Ausland. Das heißt aber nicht, dass man nicht da und dort nachjustieren kann. Und das „Wo“ werde ich mit Hilfe von Expertinnen und Experten im Verteidigungsministerium gemeinsam erarbeiten. Wichtig und zeitgemäß ist für mich, dass sich das Bundesheer zu einem zukunftssträchtigen und modernen Heer weiterentwickelt. Denn in Anbetracht der neuen Herausforderungen und Bedrohungen des 21. Jahrhunderts muss sich auch das Bundesheer anpassen und fokussieren können. Das Bundesheer muss also mit den erforderlichen Ressourcen ausgestattet werden, damit es seine Aufträge auch künftig zuverlässig erfüllen kann.

Sie sind die erste Ministerin als Ressortchefin und stehen damit als erste Frau an der Spitze des Bundesheeres. Welche Erfahrungen ha-

ben Sie im Laufe Ihres Lebens davor mit dem Bundesheer gemacht?

Ich war in meiner Vergangenheit im Innenministerium tätig und da hat man auch immer wieder thematische Anknüpfungspunkte mit dem Bundesheer. Ich selbst habe aber auch schon das Bundesheer im Einsatz erlebt. Ich wohne mit meiner Familie in einem Ort im Bezirk Scheibbs auf einer kleinen Anhöhe. Ich erinnere mich an das Jahr 2002 an das große Hochwasser, wir konnten nicht einmal von dem Berg herunter. Da hat das Bundesheer der Bevölkerung im Bezirk Scheibbs geholfen. Dafür bin ich sehr dankbar.

Ihr Vorgänger hat Ihnen mit dem Bericht „Unser Heer 2030 – Die Antwort auf künftige Bedrohungen“ ein Abschiedsgeschenk hinterlassen, welches in der Öffentlichkeit bereits intensiv diskutiert wurde. Sind Sie mit diesem Bericht glücklich, und welche Lehren ziehen Sie daraus?

Der Bericht meines Vorgängers ist für uns eine gute Basis: Jetzt müssen wir die Aufgaben des Bundesheeres nach Einsatzwahrscheinlichkeiten reihen und die dafür erforderlichen Strukturen des Bundesheeres vorrangig verbessern, den Grundwehrdienst und die Miliz attraktiver gestalten und ein gesamtstaatliches Auslandseinsatzkonzept unter Einbindung aller relevanten Ministerien erstellen bzw. umsetzen.

Die Bundesregierung hat sich mit dem Regierungsübereinkommen ein ambitioniertes Arbeitsprogramm für die nächsten fünf Jahre verordnet. Im Kapitel „Landesverteidigung & Krisen- und Katastrophenschutz“ wurden Sie mit großen Brocken zur Umsetzung betraut. Kommen wir gleich zum wichtigsten Punkt, nämlich der Ausstattung des Bundesheeres mit den erforderlichen Ressourcen zur Erfüllung seines Auftrages. Wird es für das Bundesheer wesentlich mehr Geld geben?

Wir werden jedenfalls – und das ist unsere Aufgabe – dafür sorgen müssen, dass das Österreichische Bundesheer weiter leistungs- und einsatzfähig ist. Die Budgetverhandlungen werden wir mit den zuständigen Experten auf der politischen Ebene führen. Ich weiß, dass das Budget ein gro-



© PUSCH (2)

Die neue Verteidigungsministerin Mag.^a Klaudia Tanner schreitet die Front ab.

ßer Brocken ist. Aber ich bin zuversichtlich, dass wir mehr Budgetmittel zugewiesen bekommen werden, denn Sicherheit kann es zu keinem Nulltarif geben. Aber ich bitte trotzdem um Verständnis, dass ich Budgetverhandlungen nicht über Medien führen werde und wir werden das Ergebnis nach den Budgetverhandlungen sehen.

Im Arbeitsübereinkommen wurde die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes des Bundesheeres nach den Grundsätzen eines Milizsystems zugesichert. Welche Anreize wird es für Milizsoldaten geben, um sich für einen Dienst bei der Miliz zu melden? Wird der § 21 Abs. 3 WG zur Anwendung kommen, wenn es nicht ausreichend Freiwillige gibt?

Die Miliz ist ohne Zweifel ein wesentlicher Bestandteil des Österreichischen Bundesheeres. Wie im Regierungsprogramm ersichtlich, bekennen wir uns zur Miliz. Das heißt, dass die Männer und Frauen der Miliz wieder regelmäßig üben können sollen und sie dafür dementsprechend ausgestattet sein müssen. Klar ist, dass wir neben der Ausrüstung auch die Serviceleistungen verbessern müssen. Außerdem soll die Miliz wieder zum Üben kommen, das heißt die Ausbildungs- und Übungstätigkeiten der Milizverbände sollen verbessert werden. Pläne dazu werden im Ministerium bereits ausgearbeitet, diese werde ich gemeinsam mit Experten bearbeiten und entsprechende Entscheidungen treffen.

Kommen wir zum Thema Infrastruktur und ausgewählte Kasernen als Sicherheitsinseln. Werden Sie sich für eine Konjunkturbelebung für die österreichische Bauwirtschaft zur Verbesserung der Infrastruktur einsetzen?

Es ist klar, dass Kasernen nicht nur Kasernen,

sondern auch ein unglaublich wichtiger Wirtschaftsstandort für die Regionen sind. Zu einer zukunftsfähigen Struktur gehört auch, dass wir die Selbstversorgungsfähigkeiten des Bundesheeres in Krisenzeiten stärken. Dazu müssen aber auch die Kasernen und ihre Infrastrukturen bedarfsgerecht und standortbezogen saniert werden. Aber natürlich haben wir auch aktuelle Herausforderungen zu bewältigen und Strukturverbesserungen anzugehen.



Verteidigungsministerin Tanner: „Dieser Einsatz auf diesem steilen Hang und auf vereisten Pisten erfordert gut ausgebildete Soldatinnen und Soldaten, wie es die Pioniere aus Salzburg auch sind.“

Sie waren im Rahmen eines Truppenbesuches in der Einsatzzentrale/Berg und bei der Luftraumsicherungsoperation Daedalus. Die Lösung der anstehenden Beschaffungen im Fliegerbereich beschäftigte bereits mehrere Minister vor Ihnen. Welche Lösung präferieren Sie zur Sicherstellung der Luftraumüberwachung in der nächsten Dekade?

Im Regierungsprogramm ist festgelegt, dass es eine aktive und passive Luftraumüberwachung braucht. Diese ist auf eine kosteneffiziente und



© PUSCH (2)

Mag.ª Klaudia Tanner mit Soldaten im Museumsquartier.

adäquate Art und Weise sicherzustellen. Mit der derzeitigen Lösung der Eurofighter ist das nicht gegeben. Deshalb werden wir jetzt in der Causa Eurofighter einen Zahn zulegen. Ich werde nichts unversucht lassen, um den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern ihr Geld zurückzubringen. Es braucht jetzt eine Lösung für die künftige Luftraumüberwachung. Ich habe daher den Generalstab damit beauftragt, die letzten Kommissionsberichte vom Jahr 2017 und 2018 mit möglichen Varianten einer Luftraumüberwachung in einer anderen Form, sei es Leasing, 1- oder 2-Flotten-Varianten. Das gilt es jetzt dringend zu prüfen, damit wir spätestens Mitte des Jahres eine Entscheidung treffen können.

Interessant ist im Arbeitsübereinkommen der Wille zur Schaffung eines neuen Berufsbildes Soldat zu lesen. Können Sie bereits Details dazu verraten?

Damit es im Bundesheer vielseitige Karriereoptionen gibt und der Soldatenberuf attraktiver wird, wollen wir auf der einen Seite Talente aus der Wirtschaft für das Heer gewinnen und umgekehrt wollen wir Soldatinnen und Soldaten nach Ende ihrer Karriere im Heer eine Perspektive in der Wirtschaft ermöglichen. Das kann nur durch geeignete Maßnahmen im Dienst-, Besoldungs- und Pensionsrecht geschehen. Dafür muss es mehr Durchlässigkeit im Bereich der Privatwirtschaft zwischen Bundesheer und Wirtschaft geben. Für den Bereich Öffentlichen Dienst werde ich außerdem prüfen

lassen, wie die Anschlussfähigkeit der militärischen Ausbildung für eine spätere Verwendung, beispielsweise bei der Polizei, aussehen könnte. Mit Experten meines Hauses werde ich gemeinsam Möglichkeiten und Planungen erarbeiten, um die schrittweise Umsetzung in den nächsten Jahren durchführen zu können.

Als Ministerin ist es Ihnen sicherlich ein Anliegen, den Anteil der Frauen im Österreichischen Bundesheer zu erhöhen. Bislang haben alle Maßnahmen dahingehend nicht den durchschlagenden Erfolg gebracht. Haben Sie ein neues Rezept dafür?

Die Erhöhung des Frauenanteils des Bundesheeres ist für mich ein wichtiges Thema und liegt mir deshalb auch sehr am Herzen. Wie ich zuvor schon erwähnt habe, möchte ich das Berufsbild des Soldaten im Allgemeinen attraktiver gestalten. Wenn das geschehen ist, gehe ich auf alle Fälle davon aus, dass dann nicht nur der Anreiz für Männer, ihren Dienst beim Bundesheer versehen zu wollen, höher ist, sondern auch für Frauen. Sicherlich müssen wir hier und dort noch nachfeilen. Aber in erster Linie ist das Wichtigste, ein stabiles und interessantes Grundgerüst zu errichten.

Der Attraktivierung des Grundwehrdienstes ist im Arbeitsübereinkommen ein breiter Raum gewidmet. Welche Maßnahmen sind neben den neuen Tauglichkeitskriterien angedacht und welche Maßnahmen werden ein-

geführt, dass die neuen Systemerhalter (z. B. teiltaugliche Grundwehrdiener in Küchen und Schreibstuben) nach dem Abrüsten positiv von der Zeit beim Bundesheer sprechen?

Ich habe vor kurzem die Stellungstraße in St. Pölten besucht. Von der Arbeit und dem Umgang mit den Stellungspflichtigen sowie der modernen Ausstattung des Stellungshauses konnte ich mich persönlich überzeugen. Diesen Standard möchte ich in jedem Bundesland erreichen. Schließlich kommen hier junge Menschen zum ersten Mal in Kontakt mit dem Österreichischen Bundesheer. Aber auch ein ordentlicher und erwachsenengerechter Umgang mit den jungen Staatsbürgern ist wichtig. Wir müssen uns noch mehr anstrengen, damit der Grundwehrdienst als sinnvoll und wertvoll empfunden wird. Nach dem Abschluss ihres Dienstes sollen diese nach Hause gehen und sagen können: „Toll war’s, diese Zeit möchte ich niemals missen“.

Im Unterkapitel des Arbeitsprogrammes „Neue Aufgaben mit neuer Struktur“ wird von der Fortsetzung der Politik der Reduzierung schwerer Waffen gesprochen. Im Unterkapitel „Eine zukunftsfähige Struktur für das Bundesheer“ wird auf die Sicherstellung der Militärkommando- und Brigadestruktur als Träger der Landesverteidigung fokussiert. Gibt es hier bereits konkrete Vorstellungen, wie beide Forderungen in Einklang gebracht werden können, insbesondere wird es einen weiteren Abbau schwerer Waffen geben?

Das Bundesheer muss sich in Anbetracht der neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts weiterentwickeln und wir müssen die Aufgaben des Bundesheeres nach Einsatzwahrscheinlichkeit reihen und die dafür erforderlichen Strukturen verbessern. Die Ausrüstung soll spezifisch auf diese Aufgaben ausgestaltet werden. Daher wurden schon in den letzten Jahrzehnten schwere Waffengattungen reduziert, da sie nicht mehr wie zu Zeiten des Kalten Kriegs erforderlich sind. Diese Politik werden wir behutsam fortsetzen, die Kernkompetenzen in der Ausbildung und Übungstätigkeit sollen aber weiterhin sichergestellt werden.

Der Cyberangriff auf das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres zeigt, dass es hoch an der Zeit ist, auch in Österreich auf staatlicher Ebene hochqualifizierte und schlagkräftige Cyberabwehrfähigkeiten aufzustellen. Das Verteidigungsministerium hat bereits sehr frühzeitig diese neue Bedrohung erkannt und Cyberfähigkeiten auf-

gebaut. Welche Schritte werden Sie setzen, damit diese Truppe noch schlagkräftiger werden kann?

Wir haben es beim Angriff auf das Außenministerium erlebt, einem in dieser Dimension noch nie da gewesenen Cyberangriff auf eine staatliche Institution. Wir haben mit unseren Spezialisten das Innenministerium per Assistenzeneinsatz bei der Aufklärung und Abwehr dieses enormen Cyberangriffs unterstützt. Genau das zeigt wieder, dass das Bundesheer an aktuelle Bedrohungslagen wie hybride Bedrohung und Cyber Defense angepasst werden muss. Wir müssen unsere Fähigkeiten zur Cyber- und Drohnenabwehr ausbauen. Dafür muss eine Cyber-Truppe aufgebaut und ausgebildet werden. Darüber hinaus werden wir verstärkt mit Bildungs- und Forschungseinrichtungen zusammenarbeiten, um ein zusätzliches Know-how aufzubauen und um IT-Fachkräfte im Rahmen der Miliz zu rekrutieren. Wir arbeiten bereits intensiv daran, Konzepte und Ideen auszuarbeiten, wie und mit welchen Mitteln dies umgesetzt werden kann.

Bei der Krisen- und Katastrophenhilfe wird dem Bundesheer eine wesentliche Rolle zugeschrieben. Wird es unter diesem Gesichtspunkt für die Weiterentwicklung des Bundesheeres zweckgebundenes zusätzliches Geld geben?

Wie ich schon gesagt habe, bin ich zuversichtlich, dass wir mehr Budgetmittel zugewiesen bekommen werden. Sicherheit und so auch Krisen- und Katastrophenhilfe gibt es nicht zum Nulltarif. Aber ich bitte um Verständnis, dass ich Budgetverhandlungen nicht über Medien führe. Das Ergebnis werden wir dann nach den Budgetverhandlungen sehen.

Eine abschließende, gestatten Sie, etwas persönliche Frage: Wenn Sie nach der Matura die Wahl gehabt hätten, wäre der Besuch der Militärakademie in die engere Wahl gekommen?

Das Verteidigungsressort war mein Wunschressort. Es wäre sicher durchaus denkbar und nicht unmöglich gewesen. Aber mich hat es schon immer in Richtung Rechtswesen gezogen und ich habe auch bisher keinen Schritt meiner Karriere bereut. Schließlich bin ich ja doch noch zum Bundesheer gelangt und das als erste Verteidigungsministerin Österreichs. Das macht mich stolz.

Frau Bundesministerin,
vielen Dank für das Interview. ✕

Rückholaktion mit der C-130

Beitrag des ÖBH zur Evakuierung österreichischer Staatsbürger aus den chinesischen Corona-Epidemiegebieten

Das Österreichische Bundesheer führte auf Antrag des Außenministeriums (BMEIA) mit dem operativen Lufttransportsystem C-130 am Sonntag, den 2. Februar 2020 unter großem Medieninteresse eine Rückholaktion von österreichischen Staatsbürgern aus Frankreich durch. Diese wurden mit einem zivi-



Bundesministerin Tanner bedankt sich bei der Crew der C-130

len Airbus A380 aus den chinesischen Corona-Epidemiegebieten nach Frankreich auf die Airbase der französischen Luftwaffe Istres-Le Tubé gebracht. Eine C-130 des Kommandos Luftunterstützung wurde hierzu nach Istres-Le Tubé verlegt, um sieben österreichischen Staatsbürger in Empfang zu nehmen und im Lufttransport zurück nach Österreich zum Flughafen Wien-Schwechat zu bringen.

Neben den allgemein üblichen zwischenstaatlichen Absprachen wie gesamtheitlicher Ablauf, Flugplanung und Überfluggenehmigungen wurde am Freitag mit den Abflugvorbereitungen begonnen. Die „extended Flightcrew“ bestand aus dem Piloten, dem Co-Piloten, einem Flight Engineer und dem Loadmaster sowie einem Team der Militärmedizin und Experten des ABC-Abwehrzentrums.

Das Kommando Luftunterstützung war für die Rückholung durchführungs-

verantwortlich und hatte mit lediglich zwei Tagen Vorlaufzeit die komplexe Koordination aller an der Rückholaktion beteiligten Dienststellen und Organisationen, einschließlich mit der französischen Airbase Istres-Le Tubé, dem Flughafen Wien-Schwechat und der Landessanitätsdirektion Wien wahrzunehmen.

Ein Vorüber des „Geplanten Ablaufes“ der Übernahme der österreichischen Staatsbürger und des Medical Checks sowie der Sicherheits- und Schutzmaßnahmen hinsichtlich Übertragungsgefahr durch den Novel Coronavirus (2019-nCoV) und einer Kontaminationsvermeidung für Personal und Luftfahrzeug hatte oberste Priorität in der nur sehr kurzen und intensiven Vorbereitungsphase.

Die C-130 Hercules wurde ab Freitag, dem 31. Jänner für den Flug unter Berücksichtigung aller notwendigen Sicherheits- und Schutzmaßnahmen entsprechend aus- bzw. umgerüstet. Beispielsweise wurden die Innenflächen des Laderaumes und Sitze mit Schutzfolien abgeklebt, um etwaige Desinfektionsmaßnahmen aufgrund einer möglichen Kontaminations- und Infektionsgefahr bestmöglich umsetzen zu können.

Am Sonntag, den 2. Februar um exakt 8.45 Uhr hob die C-130 „Hercules“ vom Militärflugplatz Hörsching unter Bereithaltung einer technischen Reserve Richtung Istres-Le Tubé nach Frankreich ab. Nach zwei Stunden Flugzeit war dann die Ankunft des A380 mit nahezu 300 rückzuholende EU-Staatsbürger aus Wuhan in China abzuwarten und sich auf die Übernahme der sieben österreichischen Staatsbürger vorzubereiten. Auch viele andere europäische Luftwaffen entsandten Transportflugzeuge nach Istres-Le Tubé, um ihre Staatsbürger rückzuholen.

Nach der deutlich verspäteten Ankunft des A380 in Istres-Le Tubé um ca. 14.30 Uhr musste das Prozedere der französischen Gesundheitsbehörden abgewartet werden, um die sieben österreichischen Staatsbürger nach der strapazenreichen Reise aus China kommend vor dem Boarding in die C-130 nochmals einem Gesundheitscheck durch das militärmedizinische Team zu unterziehen.

Die Startfreigabe für die C-130 erfolgte schließlich um 18.21 Uhr.

Nach einem zweistündigen Lufttransport landete die C-130 um 20.18 Uhr auf Heimatboden am Flughafen Wien-Schwechat und die Rückgehenden wurden den Vertretern der Landessanitätsdirektion Wien wohlbehalten zur weiteren Betreuung übergeben. Kurz darauf hob die C-130 Richtung Hörsching ab und kehrte unter nahezu vollständiger Ausnutzung der erlaubten „Crew Duty Time“ um 21.14 Uhr zur „Home Base“ zurück.

Zur erfolgreichen Rückholung durch das operative Lufttransportsystem C-130 am 2. Februar 2020 waren inklusive der „extended Flightcrew“ insgesamt 59 Soldaten und Bedienstete des Kommandos Luftunterstützung, des ABC-Abwehrzentrums und der Militärmedizin eingesetzt.

Die C-130 „Hercules“ des Bundesheeres dient in erster Linie dem Transport von Personal und Versorgungsgütern, vor allem im Rahmen von Auslandseinsätzen des Bundesheeres. Im Bedarfsfall wird das operative Lufttransportsystem auch zur Evakuierung österreichischer Staatsbürger aus dem Ausland bereitgehalten, wie zuletzt 2011 im Rahmen einer Evakuierungsoperation aus Libyen und Ägypten während des „arabischen Frühlings“ erfolgreich eingesetzt. (Oberst Georg Klecatsky, MSD; Stellvertretender Kommandant des Kommandos Luftunterstützung)

Gold und Silber – eine fantastische Ballnacht

Die traditionsreiche Wiener Ballkultur hat eine Vielzahl von tollen Ballveranstaltungen zu bieten. Eine der prächtigsten und elegantesten davon ist der Ball der Offiziere, der uns am 17. Jänner eine unvergleichliche Ballnacht geboten hat. Allein die Tatsache, dass über 3.400 Besucher aus über 20 verschiedenen Ländern diesen Ball besuchten, ergab eine Buntheit und Internationalität, die ihresgleichen sucht. So viele Offiziere in all ihren prächtigen Galauniformen spiegeln in sehr eindrucksvoller Form das Motto des Balles „Gold und Silber“ wider. Natürlich waren auch die eleganten Ballroben der Damen ein ebenso vielfach bewundertes Glanzstück des Balles wie auch der wunderbare Blumenschmuck in der im imperialen Glanz erstrahlenden Hofburg.

Es war schon beeindruckend, wie eine scheinbar endlose Kolonne von Ballbesuchern die Hofburg betrat, um danach all die festlichen Ballräume zu erobern und die Feststiege für ein Erinnerungsfoto zu nutzen. Die Eröffnung war natürlich der erste Höhepunkt. Moderator Alfons Haider, begleitet von einer Trommlergruppe der deutschen Bundeswehr, startete die Eröffnungszeremonie und kündigte die nachfolgenden Programmpunkte, Künstler und Akteure an. Der Einzug der Ehrengäste war insofern bemerkenswert, als sowohl die neue Verteidigungsministerin als auch der neue Innenminister dem Ball die Ehre gaben. Leider muss man anmerken, dass unser Oberbefehlshaber nach wie vor zwar den Ehrenschutz übernimmt, es aber noch nicht geschafft hat, persönlich anwesend zu sein. Schade! Ein weiteres Glanzstück waren die 120 Paare im Jungdamen- und Herrenkomitee. Die beeindruckende Größe war ein klares Zeichen für den Gott sei Dank überwundenen Personalengpass im Offiziersnachwuchs. Als besondere Gäste waren die Deutsche Bundeswehr mit ihrem General-



© FRANZ LANG, OBSTINTD I.R.

inspekteur sowie 8 Kadetten aus allen Teilstreitkräften im Eröffnungskomitee und nicht zuletzt dem Luftwaffenmusikerkorps aus Erfurt präsent.

Zu Beginn der Eröffnungsshow erfreute Kammersängerin Raimondi nicht nur mit ihrem großen Charme, sondern auch mit dem wunderbar vorgetragenen Lied „Meine Lippen, sie küssen so heiß“. Die Gardemusik brachte ein Potpourri wunderbarer Märsche aus der Feder österreichischer Militärkapellmeister. Eine spektakuläre Showeinlage bot der Gfr Darko Pillner mit seiner Geige und einem Bläserensemble bei der Darbietung des Bravourstückes „Zigeunerweisen“. Als Abschluss wurde dann durch das Jungdamen- und Herrenkomitee die Polka „Durchs Telefon“ von Johann Strauss als Tanzeinlage präsentiert. Gen Brieger als Präsident von Alt-Neustadt und ChdGStb begrüßte all die Festgäste und bedankte sich bei den Organisatoren für ihren unermüdlichen Einsatz. Die neu im Amt befindliche Verteidigungsministerin sagte in ihrer sehr persönlich gehaltenen Eröffnungsrede, wie sehr sie das Bundesheer, dessen Führungskräfte sowie deren hohe Kompetenz schätze. Mit der Aufforderung, in dieser Ballnacht fest zu feiern, eröffnete die Frau Bun-

desministerin den 73. Ball der Offiziere.

Ob ein Ball ein gelungenes Fest ist, erkennt man natürlich auch an der Stimmung der Gäste, und die konnte nicht besser sein. Tanzmusik in allen Spielarten bis hin zu original österreichischer Volksmusik und Volkstänzen bildet einen musikalisch-tänzerischen Bogen, der alle begeisterte.

Natürlich war die Mitternachtsseinlage der absolute Höhepunkt des Balles. Mit dem Marsch „Alte Kameraden“ eröffnete die Luftwaffenmusik der Bundeswehr ihre beeindruckende und mitreißende Präsentation. Mit der Ouvertüre zur leichten Kavallerie sowie der speziellen Einlage der Schlagwerkgruppe mit der sogenannten „Barhockermusik“ zeigte das Luftwaffenmusikerkorps ihr hervorragendes Können und die Freude am musikalischen Scherzen. Natürlich durfte Österreich da nicht nachstehen. Mit dem Ballett zum Walzer „Wiener Blut“ und dem Schlusslied „Die Majestät wird anerkannt“ aus der Fledermaus, dargebracht von zwei reizenden Musikstudentinnen aus dem Mozarteum und ihrer Lehrerin Ildiko Raimondi, war der ganze Festsaal in einer unvergleichlichen zauberhaften Stimmung, wie sie eben nur in Wien erlebbar ist. (Franz Lang, ObstdIntD i.R.)

Sicherheitspolitischer Jahresauftakt

Am 16. Jänner 2020 veranstaltete die Direktion für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung den alljährlichen Sicherheitspolitischen Jahresauftakt im Raiffeisen-Forum in Wien. Vor hochrangigen Gästen aus Politik, Wirtschaft und Diplomatie, nationalen und internationalen Sicherheitsexperten und Entscheidungsträgern des Bundesheeres sowie Medienvertretern wurde die aktuelle „Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2020“ präsentiert.

Der Sicherheitspolitische Jahresauftakt sei für ihn und für viele, die aus der Wirtschaft anwesend sind, ein wichtiges sicherheitspolitisches Barometer, betonte der Gastgeber, Generalmajor Erwin Hameseder, Obmann bei Raiffeisen-Holding NÖ-Wien und Milizbeauftragter des Österreichischen Bundesheeres, in seiner Begrüßungsrede.

Tanner: Für ein starkes Bundesheer

In ihrer Eröffnungsrede betonte Verteidigungsministerin Mag.^a Kludia Tanner, dass die Risiken unserer Zeit immer schwerer und auf immer kürzere Sicht einschätzbar seien. Daher brauchen wir ein starkes Bundesheer als Sicherheitsgarantie. Als ihre ersten Prioritäten nannte sie, neben der Sicherstellung und Weiterentwicklung der Kernkompetenz, Schwerpunkte u. a. in den Bereichen Cyberkompetenz, ABC-Abwehr, militärische Nachrichtendienste, Terrorabwehr, Drohnennutzung und Blackout-Vorsorge. Gemeinsam mit ihrem Team werde sie die Herausforderungen tatkräftig angehen und das Österreichische Bundesheer „zukunftsträchtig, modern und voll einsatzfähig“ machen.

Sicher. Und morgen?

Für die mehr als 300 Seiten starke Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2020 konnte die Direktion für Sicherheitspolitik

wieder erstklassige internationale und österreichische Expertinnen und Experten gewinnen. Das Herzstück dieser Jahresvorschau, das sogenannte Trendszenario, analysiert die für 2020 und darüber hinaus erwartbare Entwicklung der Rahmenbedingungen der österreichischen Sicherheitspolitik.

Hybride Bedrohungen

Im Zentrum des Risikobildes, so der Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik, Generalmajor Johann Frank, stehe die sogenannten hybriden Bedrohungen, bei denen Angreifer auf eine Kombination unterschiedlicher Maßnahmen setzen würden, von der Propaganda in Medien und sozialen Netzwerken über Cyberangriffe bis hin zum Einsatz militärischer Mittel, aber alles unterhalb der Schwelle einer offen geführten Konfrontation im fluiden Graubereich zwischen Krieg und Frieden.

Um derart komplexe Herausforderungen bewältigen zu können, müssen alle Politikbereiche des Staates koordiniert zusammenwirken.

Kooperation und Resiliensicherung

In zwei hochkarätig besetzten Panels diskutierten angesehene Expertinnen und Experten die aktuelle sicherheitspolitische Lage in Europa und Fragen der Sicherheit und Resilienz Österreichs. Dabei herrschte große Übereinstimmung, dass die Herausforderungen, die auf Europa zukommen, nur gemeinsam zu bewältigen sind. Um dies zu bewerkstelligen, muss Europa jedoch auch bereit sein, das gesamte Spektrum von Gewaltmitteln bereitzuhalten. In der Diskussion

über die Risiken für Österreich wurde festgehalten, dass es nicht nur darum geht, zu analysieren, was „von außen“ auf uns zukommt, sondern wesentlich auch darum, wie das „System Österreich“ aufgestellt ist.

Militärstrategische Folgerungen

In seiner Conclusio betonte der Generalstabschef des Österreichischen Bundesheeres, General Robert Brieger, dass es eine zeitgemäße Landesverteidigung brauche, die auch dem Wesen von Streitkräften gerecht werden müsse. Die Voraussetzungen, um den neuen Herausforderungen entgegenzutreten zu können, seien „skalierte Streitkräfte“, in denen das gesamte Leistungsportfolio einer Armee in unterschiedlichen Bereitschaftsgraden vorhanden sein müsse. (Text: OR Mag. Walter Matyas; Direktion für Sicherheitspolitik) ✕



Wissenschaftskommission beim BMLV



Der Vorsitzende der Wissenschaftskommission bei der Eröffnung der Jahrestagung.

Dem Bundesheer kommt bei der Bewältigung der zentralen Herausforderungen für die Sicherheit Österreichs eine wesentliche Rolle zu. Eine enge Zusammenarbeit mit ziviler Wissenschaft und Forschung erhöht dabei die Erfolgsaussichten bei der Erfüllung seiner verfassungsmäßigen Aufgaben sowie der technologischen Weiterentwicklung für künftige Herausforderungen.

Die Wissenschaftskommission (WissKomm) versammelt für Fragen an zivile Wissenschaftsbereiche viele Ansprechpartner, die ein Netzwerk und eine hochkarätige Schnittstelle zwischen dem BMLV/ÖBH und der zivilen Wissenschafts-Community bilden und damit die Dienststellen des Bundesheeres beraten und unterstützen können. Durch den Wissensaustausch zwischen den ressortinternen und -externen Mitgliedern bei den Veranstaltungen im Rahmen der Wissenschaftskommission profitieren beide Seiten gleichermaßen.

Die Wissenschaftskommission beim BMLV wurde 1992 in Folge der Entschließung des Nationalrates zur damaligen österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin als eine Kommission gemäß §8 Bundesministeriengesetz 1986 eingerichtet. Die Funktionsperiode 2017 bis 2022 fällt in einen Zeitraum, in dem sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene die Verteidigungsforschung einen bedeutenden Stellenwert einnimmt. Dieser Tatsache trägt das Leitthema dieser Funktionsperiode „Verteidigungsforschung – Verteidigung forschen“ mit relevanten und zielorientierten wissenschaftlichen Beiträgen aus allen Beiräten der Wissenschaftskommission zur Unterstützung der vielfältigen Aktivitäten des Bundesheeres Rechnung. Auf diese Weise bringt sich die Wissenschaftskommission im Sinne

der „Umfassenden Sicherheitsvorsorge“ ein und unterstützt das Bundesheer als zentralen Sicherheitsfaktor für Österreich.

Die Aufgaben der Kommission sind:

- Beratung der Bundesministerin in Fragen der unmittelbar und mittelbar ressortrelevanten Wissenschaft und Forschung
- Unterstützung des Planungs- und Lehrbedarfes des Ressorts
- Nutzbarmachung wissenschaftlicher Expertise für den Bedarf des Ressorts
- Herstellung, Aufrechterhaltung und Vertiefung der Kontakte zu wissenschaftlichen Einrichtungen, insbesondere zu den Universitäten, um diese mit Themen der Sicherheit und der Landesverteidigung verstärkt zu befragen

Die Struktur:

Die Wissenschaftskommission wird durch einen Vorsitzenden geleitet. Der derzeitige Vorsitzende der Wissenschaftskommission beim BMLV ist Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Dr. h.c. mult. Josef Eberhardsteiner. Die Kommission besteht aus einem Sekretariat, dem Exekutivkomitee, dem erweiterten Exekutivkomitee und den sechs Beiräten (Strategie- und sicherheitspolitischer Beirat, Sozialwissenschaftlicher Beirat, Militärmedizinischer Beirat, Wehrtechnisch-Naturwissenschaftlicher Beirat, Wirtschaftswissenschaftlicher Beirat). Für die laufende Funktionsperiode wurden bis dato 200 Mitglieder (davon sind 150 externe und 50 ressortinterne Personen) durch die Bundesministerin bestellt. (Quelle und für weiterführende Informationen siehe: www.bundesheer.at/wissensforschung/wisskomm/index.shtml) ✕

Die Volksrepublik China will auch bei Rüstungsgeschäften „Erste“ werden

Die Volksrepublik China zeigte nicht nur im kommerziellen Handel mit der Welt ihre Muskeln, auch durch großangelegte Militärparaden wussten Experten nur zu gut, dass die Rüstungsindustrie der Volksrepublik China stark aufgeholt hat und nunmehr in der Lage ist, alle Teilstreitkräfte mit modernsten Waffen zu versorgen.

Nunmehr liegt eine interessante Studie des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) vor, in der die Waffenverkäufe der Volksrepublik China analysiert werden. Bislang gab es eine derartige Studie nicht, da sich China mit der Veröffentlichung

Aus offenen Quellen wissen wir heute, dass die größten Erzeuger bei Marinesystemen die China State Shipbuilding (CSSC/www.cssc.net.cn), die China Shipbuilding Industry Corporation (CSIC/www.csic.com.cn), die Tianjin Xinhe Shipbuilding Heavy Industry CO Ltd (www.xhsic.com), die Wuhu Xinlian Shipbuilding CO Ltd (www.wuhu.com.cn), Weihai Donghai Shipyard CO Ltd (www.dhshipyard.cn) und weitere kleinere Unternehmen, welche nicht konkret angeführt werden sollen, sind. Die größten Erzeuger von Luftfahrtssystemen sind: China Aerospace and Industry Corporation (CASIC/www.casic.cn), China Aerospace Science and

tion (CNECC/www.cnecc.com), China Nuclear Corporation (CNNC/www.cnncc.com.cn) Poly Group Corporation (www.poly.co.cn), China North Industries Corporation (NORINCO/www.norinco.com) sowie eine Handvoll kleinere Unternehmen. Des Weiteren existieren Unternehmen, welche Elektronik, etwa China Electronics Technology Group Corporation (CETC/www.cetc.com.cn), und Informationstechnologie produzieren.

Die Unternehmen sind große Arbeitgeber im Lande, beispielsweise beschäftigen die großen Vier fast 1,4 Millionen Arbeitnehmer, darunter NORINCO fast 450.000 Arbeitnehmer und AVIC 500.000 Arbeitnehmer. AVIC besitzt mittlerweile Zulieferer in mehreren Staaten, darunter auch in Österreich das Unternehmen FAAC. China Electronics Technology Group Corporation beschäftigt etwa 150.000 Arbeitnehmer, und China South Industries Group Corporation fast 220.000 Arbeitnehmer. Ausgehend von den Daten aus dem Jahr 2017 würden laut SIPRI inzwischen alle vier chinesischen Firmen zu den 20 größten Waffenherstellern der Welt gehören. Größter Abnehmer der Güter ist noch die Volksrepublik selbst, denn, so kommt die Studie zum Schluss: „Nahezu alle Waffen, die China produziert, werden im Inland vom chinesischen Militär gekauft“. Sollte allerdings einmal eine Sättigung in China eintreten und das chinesische Militär voll ausgerüstet sein, wird diese Industriesparte auch nach Abnehmern in der Welt suchen. Es wird danach eine interessante Wettbewerbssituation am Weltrüstungsmarkt entstehen, der momentan noch von Unternehmen aus den USA dominiert wird. China könnte aber durchaus in der nächsten zwei Dekaden diesen Platz den USA streitig machen. (Red. Der Offizier; HaPö) ✕

konkreter Daten zurückhielt und auch die Käufer von Waffen keinerlei Angaben machten. Durch umfangreiche Recherchen und Berechnungen gelang es aber den Forschern des SIPRI festzustellen, dass die großen vier Rüstungsunternehmen der Volksrepublik China im Jahre 2017 etwa 54 Milliarden US\$ (rund 49 Milliarden Euro) an Waffen verkauft haben.

Technology Corporation (CASC/www.spacechina.com), die Beijing Cisri-Gaona Materials & Technology (www.cisri-gaona.com.cn), Aviation Industry of China (AVIC/www.avic.com.cn) und weitere kleinere Unternehmen. Landsysteme erzeugen China South Industries Group Corporation (CSGC/www.csgc.com.cn), China Nuclear Engineering and Construction Corpora-



Die Zeiten der sogenannten „Heugabel-Infanterie“ sind in China schon längst vorbei. China verfügt heute über die modernsten Streitkräfte der Welt.

25 Jahre Teilnahme Österreichs an der NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP)

Österreich nimmt seit 25 Jahren an der „NATO-Partnerschaft für den Frieden“ teil. Am 10. Februar 1995 unterzeichnete der damalige Außenminister Dr. Alois Mock in Brüssel das Rahmenabkommen für die „Partnerschaft für den Frieden (Partnership for Peace-PfP)“. In den vergangenen 25 Jahren hat das österreichische Bundesheer im Rahmen dieses Programms rund 25.000 Soldaten an sechs NATO-geführten Missionen in Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Albanien, Kosovo, Nordmazedonien und in Afghanistan gestellt.

Die „Partnerschaft für den Frieden“ ist ein Programm für die praktische, bilaterale Zusammenarbeit zwischen einzelnen Partnerländern und der NATO. Aktuell gehören der Partnerschaft 21 Nicht-NATO-Länder an. Die Partnerschaft ermöglicht den Partnern, eine individuelle Beziehung zur NATO aufzubauen und ihre eigenen Prioritäten für die Zusammenarbeit festzulegen. Bei Österreich ist die Beibehaltung der Neutralität so ein Prioritätsfall. Auch andere europäische Staaten wie Finnland, Irland, Schweden und auch die Schweiz nutzen aktiv diese Kooperationsmöglichkeiten.

Verteidigungsministerin Mag.^a Klaudia Tanner: „Im aktuellen Regierungsprogramm haben wir unser Bemühen um eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung auf europäischer Ebene neuerlich festgeschrieben. Als integraler Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur ist die Zusammenarbeit mit der NATO im Rahmen der ‚Partnerschaft für den Frieden‘ hierin eingeschlossen. Es entspricht unserer jahrzehntelangen österreichischen Tradition, im Rahmen des internationalen Krisenmanagements an Operationen zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit, an gemeinsamen Maßnahmen



zur Katastrophen- und humanitären Hilfe sowie an Such- und Rettungsdiensten teilzunehmen.“

Neben der Teilnahme an NATO-geführten Missionen und Operationen ist die Teilnahme an Standardisierungsprozessen der NATO ein weiteres Ziel der Partnerschaft. Die NATO ist ja weit hin als „Standardisierungsagentur“ für Streitkräfte anerkannt. Gerade unter dem Gesichtspunkt der internationalen Kooperation ist eine Vereinheitlichung militärischer Begriffe, Planungs- und Entscheidungsprozesse und auch technischer Standards von wesentlicher Bedeutung. Diese Standards gelten gleichermaßen für NATO- und für EU-geführte Missionen und Operationen und sind somit für die gemeinsame Auftragserfüllung in internationalen Krisenmanagementeinheiten unverzichtbar.

Österreich nimmt auch am „Planungs- und Überprüfungsprozess“ teil. Dieser Prozess zielt darauf ab, den Fähigkeitsaufbau von Partnerschaftsstaaten zu fördern. Damit soll ermöglicht werden, dass die Staaten bei NATO-geführten Missionen und Operationen besser zusammenar-

beiten und so aktiv zu Sicherheit und Stabilität in den Krisen- und Konfliktregionen beitragen können. Für den Fähigkeitsaufbau schickte Österreich in den vergangenen Jahren immer wieder Experten, z. B. im Zuge von Maßnahmen der OSZE zur sicheren Munitionsverwaltung in Moldau, Bosnien und Herzegowina und Georgien.

Darüber hinaus stellt das österreichische Bundesheer 133 Evaluatoren für das Evaluierungs- bzw. Zertifizierungsprogramm der „Partnerschaft für den Frieden“ bereit. Damit unterstützen die österreichischen Soldaten die Bemühungen der Partner, einsatzfähige und kompatible Truppen gemäß NATO-Standards zu entwickeln und bereitzustellen.

Schließlich liefert Österreich Beiträge zum PfP-Consortium von Akademien und Ausbildungseinrichtungen. Dieses Consortium ist für die Sicherheitskooperation von über 800 Sicherheitsforschungsinstituten sowie Verteidigungsakademien und in über 60 Ländern eingebunden, um den Aufbau von Verteidigungsinstitutionen zu fördern. (www.bundesheer.at) ✕

Getting out most of the Budget – Neue Wege bei der Infrastrukturnutzung

Das Österreichische Bundesheer leidet unter einem ernstzunehmenden Geldmangel. Dieser Geldmangel ist nicht neu, denn bereits die immer so glorifizierten Streitkräfte der k.u.k-Monarchie und auch das Bundesheer der Ersten Republik litten unter einer chronischen Unterfinanzierung. Diese Tradition setzte sich bis heute fort und gipfelte in der Art Mahnschrift „Unser Heer 2030“ des ehemaligen Bundesministers Mag. Starlinger, in der mit schonungslosen Worten die mangelnde Einsatzbereitschaft des Bundesheeres aufgedeckt wurde.

Als der Autor den vorliegenden Aufsatz konzipierte, lagen ihm noch keine gesicherten Zahlen aus dem Finanzministerium vor, wie sich das Verteidigungsbudget in den nächsten Jahren entwickeln wird. Für die nachfolgenden, vielleicht etwas futuristisch anmutenden Gedanken ist es nämlich egal, wieviel Geld das Bundesheer mehr bekommen wird, denn der Autor als gelernter Österreicher geht davon aus, dass das Bundesheer in den nächsten Jahren nicht jene Milliarden mehr bekommen wird, welche sofort für die umfangreiche Sanierung der maroden Kasernen investiert werden können. Es ist daher hoch an der Zeit, neue Ideen bei der Liegenschaftsbewirtschaftung in die Praxis umzusetzen.

Gehen wir aber zunächst von der Ist-Situation aus und nehmen folgende Kasernenbewirtschaftung als Ausgangslage an: Eine Standardkaserne aus der Zeit der Monarchie, aus der Zeit des Ersten Bundesheeres, aus der Zeit als Österreich ein Teil des Dritten Reiches war und aus der Zeit der Zweiten Republik ist je nach Größe, abgesehen von einigen Kompaniekasernen, für die Unterbringung von einem oder mehreren Bataillonen gebaut worden. Typisch für eine moderne Bataillonskaserne ist der Kasernentyp, welcher mit Kreuzbauten

für die Unterbringung von mehreren Kompanien und der logistischen Infrastruktur auf die grüne Wiese gesetzt wurde, beispielsweise die Walgau-Kaserne in Vorarlberg, die Kaserne in St. Michael oder in Amstetten. Es gibt aber auch noch reine Kompaniekasernen, diesen Kasernentyp gibt es aber nach dem massiven Abverkauf von Kasernen nur mehr vereinzelt, z. B. in Bleiburg.

Die Kasernen wurden gemäß der strategischen Planung Brigaden, Bataillonen und Kompanien für die ständige Garnisonierung zugewiesen. Eine Kompanie wurde damit zum „Besitzer“ eines Kreuzbaus, der nur dann mit pulsierendem Leben erfüllt ist, wenn ein Einrückungstermin die einzelnen Mannschaftszimmer befüllt. Wenn eine Kompanie keine Rekrutenausbildung durchzuführen hat, sind gerade mal eine Handvoll Kadersoldaten in dem Kreuzbau. Nach betriebswirtschaftlichen Vorstellungen ist dies eine Zeit, in der eine militärische Unterkunft Ausgaben nach sich zieht, aber kaum ein Nutzen bei der Vorhaltung der Infrastruktur damit verbunden ist. Man ist eigentlich geneigt, jenen Zustand als „sunk cost“ (= Kosten, die bereits entstanden sind und nicht rückgängig gemacht werden können) zu bezeichnen. Bei einem derart gering

bemessenen Verteidigungsbudget sind auf jeden Fall diese Leerstellungsausgaben eine Belastung für das Budget. Gegensteuerungsmaßnahmen durch eine innovative Kasernenbewirtschaftung sind daher durchaus angebracht.

Der Autor könnte sich folgende innovative Kasernenbewirtschaftung vorstellen: Die Infrastruktur muss zukünftig losgelöst vom „Besitzstandedenken“ bewirtschaftet werden. Dies bedeutet, dass nur im Bedarfsfalle ein Kompanieblock durch eine Kompanie, welche tatsächlich eine Ausbildung für Rekruten oder Zeitsoldaten durchzuführen hat, genutzt wird. Hat eine Kompanie keine derartige Ausbildungsaufgabe, dann zieht sie in ein Gebäude, welches gerade groß genug ist, um für das ohne Ausbildungsaufgaben eingesetzte Kaderpersonal die notwendigen Räumlichkeiten aufzuweisen. Diese Bewirtschaftungslogik hat den Vorteil, dass nur eine bestimmte Anzahl an Mannschaftsunterkünften (Kompaniegebäuden) in einen hervorragenden Bauzustand zu bringen ist und nicht mehr die gesamte Infrastruktur generalsaniert werden muss. Die dadurch nicht mehr benötigte, nicht mehr zeitgemäße Infrastruktur kann einer anderen Verwendung zugeführt werden. (Red.ÖOG, HaPö) ❌

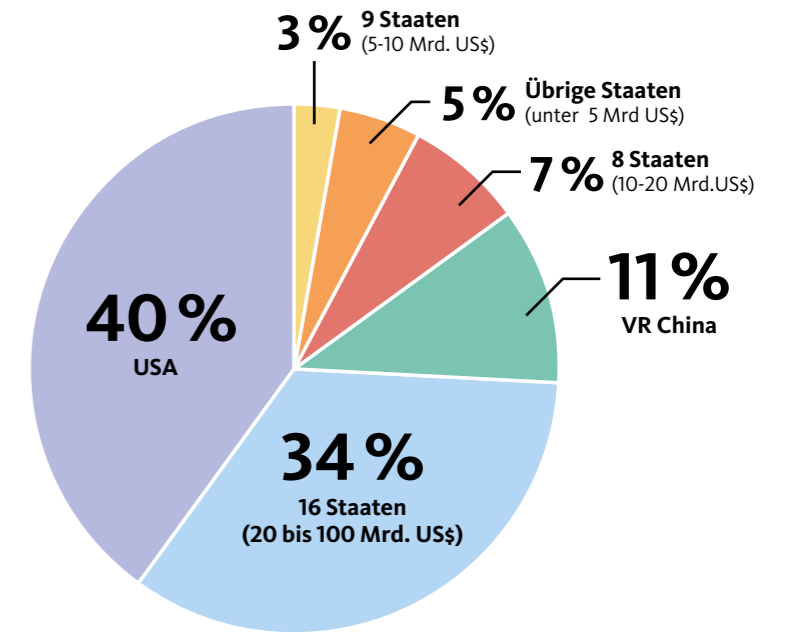


© BUNDESHEERPLANUNGSGEMEINSCHAFT POISEDENSEK, RATH, SPIRK UND PARTNER

Verteidigungsausgaben sind weltweit im Steigen begriffen

Einer aktuellen Studie des renommierten sicherheitspolitischen Forschungsinstitutes ist zu entnehmen, dass die Militärausgaben weltweit im Jahre 2019 um fast 4 Prozent angestiegen sind. Insgesamt geben alle Staaten der Welt zusammen rund 1.740 Milliarden US\$ für ihre Streitkräfte aus. In einem hohen Ausmaß dafür verantwortlich zeichnen sich die USA und die zweitplatzierte Volksrepublik China (VR China). Beide Staaten ließen ihre Verteidigungsausgaben um mehr als 6 Prozent gegenüber dem Jahre 2018 steigen. Dies ist auch ein Indiz des Wettrüstens, welches zwischen beiden Staaten vorherrscht. Dennoch geben die USA mit 684 Milliarden US\$ mehr als das Dreieinhalbfache der VR China aus, welche rund 181 Milliarden US\$ ausgibt. Beide Staaten zeichnen sich somit für mehr als 51 Prozent aller Verteidigungsausgaben verantwortlich. Erfahrungsgemäß ist jedoch der Wert der VR China ein grob geschätzter Wert und die tatsächlichen Ausgaben werden beträchtlich höher anzusetzen sein. Dies kann man daran erkennen, dass die Rüstungsunternehmen in China satte Gewinne schreiben und nur geringe Mengen an Rüstungsgütern ans Ausland veräußern.

Nach den beiden großen Mächten folgen mit Respektsabstand Saudi Arabien (78 Milliarden US\$), Russland (61 Milliarden US\$), Indien (60 Milliarden US\$), das Vereinigte Königreich (54 Milliarden US\$), Frankreich (52 Milliarden US\$), Japan (48 Milliarden US\$), Deutschland (48 Milliarden US\$), Südkorea (39 Milliarden US\$), Brasilien (27 Milliarden US\$), Italien (27 Milliarden US\$), Australien (25 Milliarden US\$), Israel (22 Milliarden US\$), Kanada (21 Milliarden US\$), Irak (20 Milliarden US\$), Vereinigte Arabische Emirate (20 Milliarden US\$) und die Türkei



(20 Milliarden US\$). In einer Gruppe von Staaten, welche zwischen 10 und 20 Milliarden US\$ für die Verteidigung ausgeben, finden sich die Staaten Spanien, Niederlande, Pakistan, Polen, Singapur, Taiwan, Kolumbien und der Iran. In einer weiteren Gruppe von Staaten, welche zwischen 5 und 10 Milliarden US\$ ausgeben, finden sich Mexiko, Indonesien, Thailand, Norwegen, Schweden, Schweiz, Belgien, Kuwait und der Oman. Österreich findet sich in einer derartigen Rangliste mit seinen lediglich rund 2,4 Milliarden US\$ Verteidigungsausgaben in einer un-

bedeutenden Position, zusammen mit vielen Länder der Dritten Welt, wieder, gänzlich anders als in einer Rangliste, in der die Staaten der Welt nach ihrem Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner angeführt werden. Betrachtet man etwa die Auflistung des Bruttoinlandsproduktes pro Einwohner nach Kaufkraftparitäten und streicht aus dieser Liste bewusst die Kleinstaaten und Stadtstaaten, dann hat Österreich einen Platz unter den Top Ten.

Die Grafik gibt einen überblicksmäßigen Eindruck über die Verteilung der Militärausgaben weltweit 2019. ❌

Schweiz: Mehr Geld für die Landesverteidigung

In der Schweiz sollen in den kommenden Jahren rund 15 Milliarden Franken in die Luftwaffe und neue Systeme am Boden investiert und damit die Armee in den nächsten Jahren rundum erneuert werden. Damit gibt es eine Art Trendwende bei den Militärausgaben nach Jahren der Stagnation auf niedrigem Niveau. Und auch die Planungen des Ministeriums für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport für die kommenden Jahre zeigen, dass die Schweiz erstmals seit den späten 1980er Jahren wieder mehr ins Militär investieren will. 2017 wendete die Schweiz 4,7 Milliarden Franken (4,4 Milliarden Euro) für die Verteidigung auf, was knapp 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes entspricht.

Droht Europa zu einem einzigen Militärvergnügungspark oder Militärmuseum zu werden?

Der Begründer der Terrorismusforschung und langjährige Direktor der Wiener Library in London und im Center for Strategic Studies in Washington Walter Laqueur – Jahrgang 1921, 1938 vor den Nazis nach Jerusalem geflohen und später in die USA emigriert – schrieb in seinem aktuellen Buch „Europa nach dem Fall“,

beranfallen geschüttelt ans Bett gefesselt sind. Die Euro-Krise wird sich noch einige Jahre, wenn nicht ein Jahrzehnt hinziehen, aber es lebt sich auch mit einer stotternden Wirtschaft offensichtlich ganz gut, wie das Beispiel Japan zeigt, welches seit mehr als 30 Jahren in der sogenannten „Heisei“ (Heisei bedeutet „Frieden überall“, den Namen

Österreich, die Niederlande, etc. – in ernsthafte Schwierigkeiten geraten. Eng mit der Euro-Krise sind aber Sparpakete verbunden, die in erster Linie Staatsbedienstete und auch die Ausgaben für die Streitkräfte betreffen werden. Im Klartext gesprochen wird den europäischen Streitkräften in den nächsten Jahren, vielleicht sogar im nächsten Jahrzehnt weniger Geld zur Verfügung stehen.

Europa in seinen allgemein akzeptierten Grenzen bis zum Ural und ohne den asiatischen Teil der Türkei besitzt allen Unkenrufen zum Trotz über ein großartiges wissenschaftliches Potential in den sogenannten Zukunftstechnologien, das zumindest für die nächsten Jahrzehnte hoffen lässt, dass Europa technisch nicht den Anschluss verlieren und für seine nationalen Wirtschaften jene Innovativkräfte schaffen kann, welche Europa weiterhin die Exportkraft garantieren können und damit das notwendige Wirtschaftswachstum geschaffen wird, um nicht gänzlich zu stagnieren und schlussendlich tatsächlich nur mehr zu einem riesigen Museumsdorf zu werden.

Die Außen- und Sicherheitspolitik Europas ist seit langem in der Rezession

Ein großes Gefahrenpotential birgt allerdings die ohnmächtig dahinvegetierende Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Staaten in sich. Da es eine einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik in der Realpolitik des Vereinten Europas nur in Ansätzen gibt und die europäischen Regionalmächte offensichtlich ihrer eigenen Außen- und Sicherheitspolitik nach wie vor einen bedeutenderen Stellenwert einräumen als einer gemeinsamen europäischen, bleibt die Außenwirkung Europas für den Betrachter von außen eher diffus und nicht berechenbar.

dass er Europa noch nicht den Abgrund hinunterstürzen sehe, aber sich Europa möglicherweise in ein Museum oder einen kulturellen Vergnügungspark für wohlhabende Touristen aus Ostasien verwandeln könnte.

Kann Europa zu einem kulturellen Vergnügungspark verkommen?

Der Autor teilt die Ansicht von Laqueur und sieht Europa noch nicht den Abgrund hinunterstürzen. Er vertritt die Ansicht, dass dieser Zustand erst dann eintreten wird, wenn zumindest wirtschaftlich gesehen rund dreiviertel der Welt bereits im wirtschaftlichen Koma liegt und die wirtschaftlich potentesten Staaten in Europa zumindest von Fie-

hat sich der emeritierte Tenno für seine Herrschaftszeit gewählt) gefangen ist und deren Bürger trotzdem weiterhin ein Leben auf hohem Niveau genießen können.

Gestatten Sie mir einige Sätze zur Euro-Krise loszuwerden: Die Einführung des Euro in Ländern, welche über unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen verfügten ohne gleichzeitig auch die Fiskalpolitik im Euro-Raum einer gemeinsamen Regelung zu unterziehen, war aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht ein Fehler, der nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Europa wird bei der Bekämpfung auf lange Sicht wirtschaftlich gelähmt und es bleibt zu hoffen, dass nicht zu guter Letzt auch die Retter – Deutschland,



Auch Österreich hat sein einziges Patrouillenboot stillgelegt.

Die Europäische Union und ihre handelnden Personen versuchen zwar seit geraumer Zeit, eine wirkungsvolle und voll verantwortliche Außen- und Sicherheitspolitik zu etablieren, aber alle bisherigen Bemühungen sind, abgesehen vieler netter Worte, nicht wirklich vom Fleck gekommen.

Das Dilemma der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik

Europa besteht je nach Betrachtungswinkel aus bis zu 47 unabhängigen Nationalstaaten, von denen 25 (Zypern liegt nicht in Europa) Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) sind. Die EU hat auch die Ambition zu einem Verteidigungsbündnis zu werden. Neben der EU besteht aber bereits die NATO als Verteidigungsbündnis mit den USA als quasi Lead-Nation. Mitglieder der NATO sind auch 26 Staaten Europas, darunter die Wirtschaftsgrößmächte Frankreich, Deutschland, Großbritannien. Die NATO verfügt über ein eingespieltes Führungs- und Versorgungssystem und in den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) in einem potenten Mitgliedsstaat, der über die weltweit größten militärischen Ressourcen verfügt. Die europäischen NATO-Mitglieder können daher im Bedarfsfall jederzeit auf diese Ressourcen zurückgreifen und sind daher geneigt, sich selbst eher in die Rolle des Trittbrettfahrers zu versetzen, als ihre militärischen Anstrengungen annähernd auf das Niveau der USA zu bringen. Die Folge dieser Trittbrettfahrermentalität ist in vielerlei Hinsicht nachweisbar, etwa bei den zu gering

bemessenen Verteidigungsbudgets, der veralteten Ausrüstung und dem Fehlen an ausreichenden strategischen Transportmitteln zur Luft und zur See. Die NATO wurde um die neutralen und blockfreien Staaten geöffnet und ihnen die Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden ermöglicht. Damit sind alle EU-Mitglieder in irgendeiner Art und Weise in der NATO organisiert.

Parallel zur NATO betreiben aber die Mitgliedsstaaten der EU ihre gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Zweifelsohne ist die gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein wichtiges Instrument, damit sich die Entscheidungsträger in Europa auch mit europäischen Sicherheitsfragen auseinandersetzen, aber offensichtlich mehr nicht, denn wie gesagt, im Falle des Falles kann Europa ohnehin auf die Ressourcen der NATO zählen. Die gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik droht daher zu einem zahnlosen Tiger zu werden – oder ist sie dies nicht ohnehin schon. Auch wenn in den Planungsstaben der EU munter vor sich hin geplant wird und vieles an eine Art Beschäftigungstherapie erinnern mag, dienlich ist die Gesamtsituation, in der sich die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zurzeit befindet, für den Ausbau der Streitkräfte der einzelnen Mitgliedsstaaten der EU nicht.

Die nationalstaatlichen Streitkräfte in Europa veralten rapide

Betrachten wir die einzelnen Streitkräfte der Mitgliedsstaaten der Euro-

päischen Union. Seit dem Ende des Kalten Krieges wurden die Streitkräfte in fast jedem Mitgliedsstaat personell und materiell stark reduziert. Die Reduktion der Streitkräfte mag zwar als Ergebnis der fehlenden Bedrohung ein logischer letzter Akt gewesen sein, dennoch verabsäumten es die europäischen Streitkräfte zumindest qualitativ aufzurüsten, dazu fehlte nämlich das Geld, da neben dem personellen und materiellen Abrüsten auch die Höhe der Verteidigungsbudgets reduziert wurden. Die Folge war eine Absatzkrise in der ohnehin auf tönernen Beinen stehenden europäischen Rüstungsindustrie.

Europa hat offensichtlich nach dem Ende des Kalten Krieges nicht erkannt, dass der Kalte Krieg durch ein anderes Bedrohungsbild abgelöst wurde und in diesem Bedrohungsbild nur mehr die Vereinigten Staaten von Amerika in



Die Streitkräfte in Europa veralten zusehends und werden bald zu einem einzigen Museum.

der Lage sind, als einzige Weltmacht den Part des „Guten“ spielen zu können. Sie würden zwar gerne Hilfe von Verbündeten annehmen, können sich aber auf die Europäer nicht mehr verlassen, da die Truppen der Europäer in dem neuen Bedrohungsbild alleine und ohne US-amerikanische Hilfe nicht mehr einsetzbar sind. (Red.ÖOG, HaPö) ✘



Europäische Militärmuseen sind ein Anziehungspunkt für Touristen – bald werden dies auch die Streitkräfte sein.

Gebirgskampfausbildung/Kampf unter Tage



© BUNDESHEER/TRIXL

Starker Schneefall, Windböen von bis zu 100 km/h und schlechte Sicht waren eine echte Herausforderung für die Übungsteilnehmer.

In Saalfelden fand im Feber für die angehenden Infanterieoffiziere des Jahrganges „Hauptmann Neusser“ der Militärakademie eine dreiwöchige Gebirgskampfausbildung unter Führung des Gebirgskampfzentrums statt.

In der ersten Woche stand die Erhöhung der Eigenbeweglichkeit im Gebirge im Vordergrund. Es standen die richtige Handhabung der Ausrüstung und der Bewaffnung unter fordernden Umfeldbedingungen, ein Einzel- und Truppgefechtsschießen sowie die Zusammenarbeit mit Überschneefahrzeugen auf dem Ausbildungsplan. Dies bildet die Basis für weitere Übungsvorhaben im extremen Gelände.

Genauso fordernd ging es in der zweiten Ausbildungswoche weiter. Am Truppenübungsplatz Hochfilzen wurde für die kommende Woche ein Scharfschießen mit Beteiligung von Grundwehrdienern erkundet und geplant.

Der Höhepunkt bildete schließlich eine Biwaktour über zwei Tage im Raum Großarl bei der sowohl die Über-

lebensfähigkeit der Fähnriche unter extremen Bedingungen als auch die Verbringung mittels Hubschraubern geübt wurden. (www.bundesheer.at)

Kampf unter Tage: Streitkräfte entwickeln Fähigkeiten weiter

Fünf Wochen lang trainierten im Feber in einem militärischen Forschungsprojekt über 100 Soldatinnen und Soldaten am steirischen Erzberg im Tunneltrainingsgelände „Zentrum am Berg“ den Kampf unter Tage. Die kompaniestarke Übungstruppe setzt sich für die Erprobung aus Berufssoldaten des Jägerbataillons 18, einem Pionier- und Kampfmittelabwehrzug sowie Spezialisten der ABC-Abwehr zusammen.

Projektleiter Oberst Peter H.: „Wir entwickeln die dringend erforderliche Fähigkeit zum unterirdischen Kampf weiter. Dafür steht uns mit dem ‚Zentrum am Berg‘ der Montanuniversität eine perfekte Infrastruktur für Training, angewandte Forschung und Entwicklung zur Verfügung.“ So stellen die ins-

gesamt vier Kilometer langen Anlagen des Forschungs-, Entwicklungs- und Trainingszentrums der Montanuniversität Leoben alle Einsatzkräfte vor besondere Herausforderungen.

Major Rosche F., Kommandant der Kampfgruppe: „Der Einsatz unter der Erdoberfläche birgt andere und höhere Risiken und wir trainieren Soldaten zum Kampf gegen militärisch handelnde Angreifer in einem Tunnelsystem mit schwerem Atemschutz unter simulierter Einsturzgefahr nach einem Bombenanschlag und zugleich in völliger Dunkelheit nach einem Stromausfall – denn wir gehen von einem komplexen Einsatzszenario aus.“ (www.bundesheer.at)



© BUNDESHEER/RIEDEL

Beim Kampf unter Tag werden Infanteristen extrem gefordert und müssen speziell ausgebildet sein

Österreichische Soldaten erreichen den zweiten Platz bei der „Winter Survival“ 2020

Von 27. Jänner bis 30. Jänner fand der internationale Vergleichswettkampf für Soldaten „Winter Survival“ in Hrubý Jeseník (Altvatergebirge) in der Tschechischen Republik statt. Organisiert wurde der Wettkampf von der Verteidigungsuniversität in Brunn („Univerzita obrany Brno“).



© BUNDESHEER/MAJEWSKI WILHELM

Am Wettkampf in den Bergen von Jeseník beteiligten sich insgesamt 18 Teams, darunter 14 Teams der tschechischen Armee, vier ausländische Teams aus Deutschland, Polen, der Slowakei und aus Österreich. Die Teams bestehen aus insgesamt drei Soldaten, welche an vier Wettkampftagen verschiedene militärische Aufgaben zu bewältigen haben.

Die österreichische Mannschaft wurde dieses Mal vom Jägerbataillon 26 aus Spittal a.d. Drau gestellt. Stabswachtmeister Christof W., Oberwachtmeister David S. und Korporal Uwe H. vertraten die österreichischen Streitkräfte und konnten

einen hervorragenden zweiten Platz erringen. Der Sieg ging an die Mannschaft der Agentur für Logistik der tschechischen Armee.

Der Wettkampf umfasste einen Marsch auf Skiern, eine Abfahrt auf Skiern, das Suchen eines Lawinerverschütteten, das Begehen eines Seilgeländers, Biathlon, ein 200 Kilogramm Gewicht 50 Meter weit bewegen, das Aufklettern (Fels) und Abseilen, eine Überraschung (= Eilmarsch), die Erste Hilfe im Gefecht, einen Staffellauf auf Schneeschuh, den Zielwurf mit Übungshandgranate und den Transport eines Verwundeten. (www.bundesheer.at)

Gedenktag im Jahre 2020

100 Jahre Bundesheer der Ersten Republik

Im Jahr 2020 jährt sich zum 100. Male der Gründungstag des sogenannten St. Germain-Heeres der Republik Österreich. In der Übergangsphase nach dem Waffenstillstand vom 3. November 1918 bis zum Abschluss des Friedensvertrages unterhielt die Republik Deutsch-Österreich eine Volkswehr einschließlich einer Fliegertruppe in der Stärke von 53.707 Mann im Feber 1919.

Der Friedensvertrag von St-Germain-en-Laye, welcher am 20. Juli 1920 in Kraft trat, sah für Österreich ein Berufsheer in einer Stärke von lediglich

Heer bestehend aus lediglich 35.000 Berufssoldaten aufstellen durfte, für die Nachfolgestaaten der Monarchie auf absehbare Zeit keine militärischen Gegner mehr darstellen sollten.

Bereits am 10. November 1920 war die Überführung der Volkswehr in das neue Heer abgeschlossen. Am 13. November 1920 übernahm das Bundesministerium für Heerwesen die Amtsgeschäfte vom bisherigen Staatsamt. Der wichtigste Planer und Organisator der ersten Stunde war Oberst des Generalstabes Theodor Körner, ein bekennender Sozialdemokrat. Im

Mai 1922 wurde der christlichsoziale Politiker Carl Vaugoin für ein Jahrzehnt Verteidigungsminister. In der Anfangsphase der Ressortleitung hatte der Minister mit Theodor Körner einen starken Gegenspieler. Die Unzufriedenheit mit der Ressortführung führte zu starken Gegensätzen zwischen Theodor Körner und

Carl Vaugoin, welche schließlich zur Pensionierung von Theodor Körner im Jänner 1924 führten. Theodor Körner wurde aber trotz aller Gegensätze zum Minister noch zum General befördert. Eine typische österreichische Vorgangsweise. Theodor Körner revanchierte sich für die Zwangspensionierung durch die Veröffentlichung einer Denkschrift über das Heerwesen der Republik, in welcher er den Zustand des Bundesheeres analysiert und zum Schluss kommt: „Was dann zurückbleibt und Bundesheer heißt, ist ein sich für Paraden und Ausrückungen vorbereitender Verein, der in der Tradition der Vergangenheit lebt, sich

Luftschlösser hingibt und die Öffentlichkeit über die traurige Wirklichkeit täuscht.“ (Denkschrift, Seite 16)

Die Grobgliederung des Bundesheeres der Ersten Republik umfasste zwischen 1920 und 1933 sechs Brigaden (1. Brigade-Burgenland, 2. Brigade-Wien, 3. Brigade-Niederösterreich, 4. Brigade-Oberösterreich, 5. Brigade-Steiermark, 6. Brigade-Kärnten, Tirol, Salzburg, Vorarlberg), ein selbständiges Artillerieregiment-Wien, Wr. Neustadt, Klosterneuburg, das Kommando der Vereinigten Brückenzüge-Krems. Die Brigaden bestanden aus bis zu zwei Infanterieregimentern, bis zu zwei Radfahrbataillonen, eine Dragonerschwadron, der Brigadeartillerieabteilung, einem Pionierbataillon. Dem Brigadekommando unmittelbar unterstanden eine Verbindungskompanie, ein Troßzug und ein Kraftfahrzeug. Berücksichtigt man, dass das Bundesheer in dieser Zeitspanne nie eine Gesamtstärke von den zugebilligten 30.000 Mann erreichte, sondern zwischen 1926 und 1932 nur 22.000 Mann rekrutieren konnte, kann man erahnen, wie gering diese Brigaden personell aufgefüllt waren. Es sei hier nur der Erläuterung wegen erwähnt, dass unter die Gesamtsumme von rund 22.000 Mann nicht nur die Soldaten fielen, sondern auch die Zivilbediensteten (Beamte der Heeresverwaltung, Zivilbundesbeamten und den Beamten dienst vershende Vertragsangestellten), ausgenommen von rund 1.000 Arbeitern, welche sachliches Erfordernis darstellten.

Der jungen Republik Österreich mangelte es vor allem an Finanzmitteln. Es waren daher auch für das Bundesheer nicht jene Geldmittel verfügbar, welche das Heer zur Verbesserung der Infrastruktur, zur leistungsgerechten Bezahlung des Personals und auch für die Ausbildung dringend benötigt hätte. (Red. ÖOG, HaPÖ) ✘



© BUNDESARCHIV

Das Bundesheer der Ersten Republik war finanziell unterdotiert.

30.000 Mann mit einer genau festgelegten Bewaffnung vor. Verboten waren der Besitz und Verwendung von Panzerkampfwagen, Flugzeugen und Artilleriegeschützen über 10,4 Zentimeter. Die Streitkräfte der Republik Österreich waren somit keine Streitkräfte, über deren Zustand das Volk frei bestimmen durfte, es war von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges der jungen Republik Österreich aufgezungen worden. Es war offensichtlich von den alliierten und assoziierten Hauptmächten bewusst gewollt, dass Österreich und Ungarn, welches ähnlich harte Bedingungen im Friedensvertrag von Trianon erhielt und ein



WIR SCHÜTZEN ÖSTERREICH.



UNSER HEER



**Das sicherheitspolitische
Gewissen der Republik
Österreich**